



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 8. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, den 3. Dezember 2014, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.600

Vorsitz: Willi Brase, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 5

Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der
Studie „Fragile Mitte – feindselige Zustände.
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“

Tagesordnungspunkt 2

Seite 18

Verschiedenes



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 13 (UA Bürgerschaftliches Engagement)
Mittwoch, 3. Dezember 2014, 17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Pahlmann, Ingrid		Irlstorfer, Erich
Pantel, Sylvia		Koob, Markus
Patzelt, Martin	Schiewerling, Karl
Steiniger, Johannes		Steffel Dr., Frank
Stier, Dieter	Stefinger Dr., Wolfgang
Wellenreuther, Ingo	Strenz, Karin
Zollner, Gudrun	Wendt, Marian
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Bahr, Ulrike		Engelmeier, Michaela
Brase, Willi		Junge, Frank	
Diaby Dr., Karamba		Rix, Sönke	
Stadler, Svenja	Schlegel Dr., Dorothee	
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Hein Dr., Rosemarie		Werner, Katrin	
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Schulz-Asche, Kordula		Schauws, Ulle

Stand: 2. Dezember 2014
Referat ZT 4 - Zentrale Assistenzdienste - Luisenstr. 32-34 Tel.030227-32659 Fax: 030227-36339



Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement" (13)

Mittwoch, 3. Dezember 2014, 17:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Bähr	Linke	Bähr
Mißel	Linke	Mißel
Trenkel	CDU/CSU	Trenkel
.....
.....
.....
.....



Tagesordnungspunkt 1

Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Studie „Fragile Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 8. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, in der es um die Vorstellung und Diskussion der Studie „Fragile Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“ geht. Herzlich willkommen heiße er insbesondere die Sachverständigen der heutigen Sitzung: Herrn Professor Dr. Andreas Zick, Autor der Studie und Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, Herrn Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung und Frau Jutta Weduwen von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Aufgrund der Verleihung des Deutschen Bürgerpreises am heutigen Abend, zu der auch die Mitglieder des Unterausschusses eingeladen seien, solle die Sitzung gegen 18:30 Uhr beendet werden. Er bitte die Sachverständigen daher um Zeitdisziplin bei ihren Eingangsstatements, damit ausreichend Zeit für Nachfragen und Diskussion bleibe. Er wolle auch darauf hinweisen, dass die Abgeordnete Monika Lazar, Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Strategien gegen Rechtsextremismus, an der Sitzung teilnehmen werde. Weitere inhaltliche Vorbemerkungen wolle er nicht machen, außer derjenigen, dass es in der Bereinigungssitzung gelungen sei, die Haushaltsmittel für Demokratieförderung und die Extremismusbekämpfung im Bundeshaushalt 2015 um 10 Millionen Euro aufzustocken. Dies sei auch mit Blick auf die Ergebnisse der Studie, die Herr Professor Zick im Folgenden vorstellen werde, aus seiner Sicht ein guter und richtiger Beschluss.

Herr **Prof. Dr. Andreas Zick** (Universität Bielefeld) bedankt sich zunächst für die Einladung zur Sitzung. Er werde in seiner Einführung auf eine Reihe von Zahlen eingehen, wobei er versuchen werde, diese thematisch einzuordnen und die Ergebnisse pointiert zusammenzufassen. Weitere Details könnten der Studie und der Präsentation (*Anlage 1*) entnommen werden.

Voranschicken wolle er, dass die Studie zeige, dass sich Investitionen in das zivilgesellschaftliche Engagement in doppelter Hinsicht auszahlten: zum einen werde dadurch der Schutz vor Rechtsextremismus gefördert und zum anderen würden diejenigen unterstützt, die sich für die Bekämpfung des Rechtsextremismus einsetzten. Am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld würden seit zwölf Jahren repräsentative Umfragen, Einzelfallanalysen und qualitative Studien zum Thema „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ durchgeführt. In diesem Jahr habe man zwischen Juni und August dank der Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine erweiterte Erhebung durchführen können. Zusammen mit den repräsentativen Umfragen der Jahre 2002 bis 2012 lägen somit nunmehr wissenschaftliche Daten über Vorurteilsstrukturen, Diskriminierung und antidemokratische Einstellungen in Deutschland über einen Zeitraum von zwölf Jahren vor. Gegenstand der Untersuchung seien Feindseligkeiten und radikale Mentalitäten in der Bevölkerung. Dabei gehe es um individuelle Überzeugungsstrukturen, aber auch um Sollbruchstellen, an denen diese Feindseligkeiten gebrochen werden könnten. Da die Feindseligkeit gegen eine bestimmte Gruppe mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Feindseligkeiten gegen anderen Gruppen einhergehe, spreche man auch von einem „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.

Wenn man sich mit Feindseligkeiten in der Gesellschaft gegenüber Gruppen beschäftige, sei es wichtig, zu verstehen, dass Vorurteile, Diskriminierungen und Feindseligkeiten nicht Ausdruck von individuellen Emotionen und Frustrationen seien. Vielmehr drückten antisemitische Äußerungen – in der Regel – Überzeugungen aus, die nur getätigt würden, weil Menschen in bestimmte Gruppen eingebunden seien. Das heiße, es handele sich um Feindseligkeit von Gruppen gegenüber Gruppen. Die empirischen Befunde seit den 1950er Jahren zeigten, dass Vorurteile gegenüber einzelnen Gruppen mit der Abwertung weiterer Gruppen einhergingen. Dies werde auch durch die Ergebnisse der letzten zwölf Jahre bestätigt. Antisemitische Mentalitäten gingen z. B. mit Feindseligkeiten gegenüber Muslimen und dem Islam einher. Insofern müsse man von einem Syndrom reden. Das bedeute auch, wenn man eine Feindseligkeit bekämpfe, könne sich diese woanders



eine neue Schleuse suchen. Feindseligkeiten in der Gesellschaft richteten sich nicht nur gegen neu hinzukommende Gruppen, sondern könnten sich auch gegenüber Gruppen äußern, denen man selbst angehören könne: Menschen mit Behinderung, obdachlose Menschen oder arbeitslose Menschen. Vor allem das Ausmaß an negativen Urteilen und Stereotypen gegenüber arbeitslosen Menschen erstaune ihn besonders, wobei dies bisher kaum breiter gesellschaftlich diskutiert werde.

Über den Zeitraum von 2002 bis 2014 habe man mit identischen Messinstrumenten und anhand repräsentativer Stichproben die verschiedenen Merkmale gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beobachtet. Rassistische Einstellungen, bei denen andere aufgrund ihrer biologischen Zugehörigkeit abgewertet würden, seien weniger stark verbreitet. Dennoch handele es sich immerhin um relative stabile 9 bis 10 Prozent in der Bevölkerung, die immer wieder neu generiert würden, da es nicht immer die gleichen Personen seien.

Auch für andere Merkmale wie die Abwertung von Menschen mit homosexueller Orientierung, Islamfeindlichkeit usw. seien die Zahlen leicht rückläufig. Darin zeige sich auch der Effekt einer stärker gewordenen zivilgesellschaftlichen Arbeit in Deutschland. Trotzdem rate er zur Vorsicht, da sich die abnehmenden Zahlen nur auf den Bevölkerungsdurchschnitt bezögen. Das bedeute nicht, dass in bestimmten Bevölkerungsgruppen die Mentalitäten nicht auch deutlich radikaler geworden seien. So habe man im Rahmen einer anderen Studie festgestellt, dass Menschen, die früher feindseligen Einstellungen zugestimmt hätten, im Jahr 2014 eine noch radikalere Position einnehmen. Aber auch jene, die solche Positionen ablehnten, täten dies jetzt noch entschiedener. Hier wirkten sich aktuelle gesellschaftliche Diskussionen in den Umfragen aus.

Relativ konstant und stabil geblieben seien die Abwertung von Menschen mit Behinderung, der klassische Antisemitismus und offener Sexismus. Was entgegen dem Trend im Moment zunehme, sei dagegen eine generalisierte Abwehr von neu Hinzugezogenen in der Gesellschaft. Dazu gehörten z. B. Flüchtlinge, Immigranten sowie Sinti und

Roma. In diesem Zusammenhang spreche man von den sogenannten Etabliertenvorrechten. Damit werde die Vorrang- und Vormachtstellung bezeichnet, die die Alteingesessenen gegenüber neu hinzuziehenden Personen beanspruchten.

Bereits im Jahr 2004 habe man in einer Untersuchung die verschiedenen Facetten des Antisemitismus erhoben. Dazu gehörten der *klassische* Antisemitismus, der sich als offene und direkte Abwertung von Juden äußere, und der *sekundäre* Antisemitismus, der sich in Relativierungen und Verharmlosungen der NS-Verbrechen ausdrücke und einen Schlussstrich unter das Thema „deutsche Schuld“ ziehen wolle. Weitere Facetten seien der aktuell zunehmende *israelbezogene* Antisemitismus sowie eine *NS-vergleichende Israelkritik*, die Parallelen zwischen der aktuellen Politik des Staates Israel und den Gräueltaten in der Zeit des Nationalsozialismus ziehe.

Zwischen Juni und August 2014 habe man zunächst nur die traditionellen Formen des Antisemitismus gemessen. Mit Beginn der militärischen Auseinandersetzungen im Gaza-Streifen sei es im Sommer zu einer deutlichen Zunahme antisemitischer Proteste gekommen. Daher habe man sich entschieden, im September eine Zusatzumfrage durchzuführen, um auch die genannten transformierten Formen des Antisemitismus zu erfassen, die in der ersten Erhebung zunächst unberücksichtigt geblieben seien. Im Vergleich zum Jahr 2004 zeige sich, dass die Werte beim klassischen Antisemitismus mit 14 Prozent recht stabil geblieben seien. Angestiegen sei hingegen zum September hin der sekundäre Antisemitismus, während die neueren Facetten des Antisemitismus etwas abgenommen hätten. Offensichtlich hätten also die Proteste gegen den Gaza-Einsatz und die Diskussionen darüber klassische antisemitische Stereotype wieder hochgespült, aber diese Stereotypen würden nicht automatisch mit Israel verbunden. Dies zeige, dass die gemessenen offenen Feindseligkeiten nicht so stabil seien, als dass diese Einstellungen nicht veränderbar seien.

Einzelne Aussagen, mit denen man gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit messe, fänden eine überdurchschnittliche Zustimmung. Dies gelte



z. B. für die Aussage „Wer irgendwo neu ist, soll sich mit weniger zufrieden geben.“ oder für die Aussage „Wer schon immer hier lebt, soll mehr Rechte haben.“ Auch die Aussage „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“ sei mit 46 Prozent Zustimmung fast mehrheitsfähig. Auch der Aussage „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.“ stimmten 42 Prozent zu. Dies gehe – wie die Studie zeige – mit der Zustimmung zu vergleichbaren negativen Äußerungen in dieser Richtung einher.

Die Studie mache auch deutlich, dass Menschen, die sich selbst sozioökonomisch und politisch in der Mitte verorteten, besser vor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geschützt seien als jene, die sich sozioökonomisch in der unteren Schicht verorteten. Auch bei denjenigen, die sich oben verorteten, sei bei fast allen Feindseligkeiten eine höhere Anfälligkeit festzustellen. Dies gelte etwa für die Abwertung von Menschen mit Behinderung. Insgesamt habe man in den letzten Jahren eine Zunahme der negativen Mentalitäten bei den reichsten Befragten beobachtet. Dabei handele es sich offenbar um verzögerte Kriseneffekte. Denn man wisse schon aus Studien über die 1930er Jahre, dass Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus nicht primär in der Krise zunähmen, sondern dann, wenn die Krise überwunden sei und es den Leuten wieder besser gehe, da sie meinten, dass es nun wieder etwas zu verteilen gebe.

Auch bei der Zustimmung zu einzelnen Facetten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gebe es einen interessanten Befund. So zeigten etwa die Jüngeren und die Älteren insgesamt etwas höhere Ausschläge bei der Menschenfeindlichkeit. Bei der Abwertung von Sinti und Roma sei allerdings ein linearer Anstieg mit steigendem Alter zu verzeichnen, was auf die fortdauernde Wirkung von althergebrachten Stereotypen schließen lasse.

Der Rechtsextremismus sei ein sich stets auf Menschenfeindlichkeit beziehendes Phänomen. Man finde in allen rechtsextremen Gruppen die Einstellung, dass das eigene Handeln dadurch legitimiert sei, dass man die Meinung der Mehrheitsbevölkerung äußere oder sogar vollstrecke. So sei

z. B. oft davon die Rede, dass man wieder für Ordnung im Land Sorge, weshalb die Aktivitäten wieder häufiger auf der Straße stattfänden. Menschenfeindlichkeit sei immer ein Reservoir für Rechtsextremismus, wobei letzterer nach den gemessenen Ergebnissen noch einmal sehr viel dichter und enger sei. Die Studie benenne sechs Dimensionen, die für rechtsextreme Einstellungen konstitutiv seien: Verharmlosung des Nationalsozialismus, rabiater Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur. Wenn alle Elemente vorlägen, könne man von einem dichten Überzeugungsmuster sprechen, es könnten aber auch nur einzelne Elemente oder Kombinationen vorliegen. Man könne auch hier von einem Syndrom sprechen und sollte daher seinen Blick nicht nur auf Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild richten. Die eigentliche Gefahr bestehe darin, dass sich der Rechtsextremismus für andere Menschenfeindlichkeiten und auch für den Rechtspopulismus öffne.

Eine gute Nachricht sei, dass die Zustimmung zu allen genannten Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters rückläufig sei. Hier wirkten sich offenbar das Bekanntwerden der NSU-Morde und die öffentliche Repression von rechtsextremen Organisationen aus. Aber auch wenn die Zustimmung zu rechtsextremen Orientierungen im Bevölkerungsdurchschnitt gering sei, finde man trotzdem Gruppen in der Gesellschaft, mit denen man besonders arbeiten müsse, weil sie anfällig für rechtsextremes Denken seien. Der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ stimmten fast 23 Prozent der Befragten zu, obwohl sich Rechtsextremisten in der Regel nicht an solchen Umfragen beteiligten. Bemerkenswert hohe Zustimmungsraten verzeichneten auch die Aussagen „Wir sollten wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ und „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ mit 36 Prozent bzw. 10 Prozent.

Die Studie zeige bei den verschiedenen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen bei Jüngeren und Älteren höhere Zustimmungswerte auf. Dies gelte z. B. für den Chauvinismus, der eine Über-



legenheit der eigenen Nation gegenüber anderen propagiere, aber auch für die übrigen Dimensionen. Auch wenn man die Zustimmung nach sozioökonomischer Selbstverortung betrachte, bestätige sich erneut, dass diejenigen, die sich in der Mitte verorteten, weniger anfällig für die verschiedenen Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters seien.

Die nächste Grafik zeige rechtsextreme Einstellungen bei den Befragten mit unterschiedlichen Wahlintentionen. Bei allen Parteien gebe es einen gewissen Prozentsatz von Menschen, die rechtsextreme Ideologieelemente teilten. Auffällig sei jedoch, dass bei der AfD deutlich höhere Ausschläge bei allen Elementen zu verzeichnen seien. Ähnlich hohe Zustimmungswerte wiesen sonst nur die Nichtwähler auf.

In der Studie habe man auch nach anderen antidemokratischen Überzeugungen gefragt, die Feindseligkeiten vorgelagert seien. Wenn Menschen ökonomistische Werthaltungen zum alleinigen Maßstab für die Bewertung von ganzen Bevölkerungsgruppen machten, spreche man von „marktförmigem Extremismus“. Dieser richte sich nicht gegen bestimmte Gruppen – außer indirekt gegen „Minderleister“ –, weise aber signifikante Zusammenhänge zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf. Auch bei Menschen, die die EU als eine soziale Gemeinschaftsidee eindeutig negativ beurteilten, finde man eine deutlich stärkere Abwertung von allen Gruppen und eine stärkere Affinität zum Rechtsextremismus. Auch bestimmte Formen der Demokratiekritik, bei denen z. B. geäußert werde, dass Demokratie missachtet oder ausgehöhlt werde oder dass Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führe, seien ein starker Prädiktor für Feindseligkeiten.

Er komme nun zum Thema „Sollbruchstellen“. Die Studie zeige, dass viele Menschen durchaus bereit seien, sich zu engagieren. Sie könnten sich z. B. vorstellen, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten, obwohl sie das bisher nicht täten, oder sich an Demonstrationen oder Online-Petitionen zu beteiligen. Das Problem sei jedoch, dass die meisten derjenigen, die meinten, dass die Demokratie eher

zu faulen Kompromissen führe, sich ebenfalls vorstellen könnten, an einer Demonstration teilzunehmen. Wie man aktuell gerade beobachten könne, hätten rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppen inzwischen gelernt, menschenfeindliche Einstellungen nicht einfach öffentlich „herauszuposaunen“, da sonst die Strafverfolgung viel schneller wirke. Vielmehr versuchten sie, solche Bürger gezielt anzusprechen, die durchaus einen Beteiligungswillen aufwiesen und sich von der Demokratie nicht mehr abgeholt fühlten. Insofern sei der Appell des Bundespräsidenten in diesem Sommer, dass Demokratie nicht einfach da sei, sondern dass man sich um sie kümmern müsse, sehr berechtigt gewesen, wie auch die Ergebnisse der Studie zeigten.

Abschließend komme er zum Thema „Einstellungen zum Phänomen Rechtsextremismus“, womit auch das Thema „Zivilcourage“ tangiert sei. Viele Menschen sähen den Rechtsextremismus als eine Bedrohung an und fänden auch dessen Zunahme bedrohlich. Trotzdem seien dies 2014 – drei Jahre nach Aufdeckung der NSU-Mordserie – erstaunlicherweise weniger Menschen als im Jahr 2008. Frage man danach, ob der Rechtsextremismus in den Medien hochgekocht werde, ergäben sich ebenfalls hohe Zustimmungswerte. Die Frage, ob man sich persönlich verantwortlich fühle, etwas gegen den Rechtsextremismus zu tun, erreiche hingegen eher geringe Zustimmungswerte. Stattdessen werde die Verantwortung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus als Aufgabe an Experten delegiert oder einfach eine Nichtbeachtung der Rechten befürwortet. Das zeige, dass die Einstellungen zum Phänomen „Rechtsextremismus“ nicht so stabil seien, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Die Mehrheit der Bürger sehe den Rechtsextremismus zwar als Bedrohung an, wisse aber nicht, wie sie sich selbst dazu verhalten solle.

Frau **Jutta Weduwen** (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste) weist darauf hin, dass Aktion Sühnezeichen Friedensdienste vor allem als Freiwilligenorganisation bekannt sei, die seit mehr als 50 Jahren Freiwillige in Länder entsende, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hätten. Die Freiwilligen arbeiteten mit Holocaust-Überlebenden und seien in Gedenkstätten und in politischen Initiativen gegen Antisemitismus tätig. Sie seien



auch aktiv in der Arbeit mit Flüchtlingen sowie in der Arbeit gegen Homophobie, d. h. sie setzten sich mit verschiedenen Formen von Menschenfeindlichkeit auseinander. Ein wichtiger Bereich, der in den letzten 15 Jahren dazugekommen sei, sei die Auseinandersetzung mit Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft. Dazu sei ein eigener Projektbereich „Interkulturalität“ gegründet worden, in dem es darum gehe, zu schauen, wie sich die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und wie sich die Pädagogik in Bezug auf die Aufarbeitung des Nationalsozialismus verändere.

Die Tätigkeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sei vor allem durch die Arbeit gegen Antisemitismus geprägt. Untersuchungen wiesen immer wieder darauf hin, dass die antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung in den letzten Jahren auf relativ konstantem Niveau geblieben seien. Was man in der Arbeit jedoch immer wieder feststelle und was auch durch Studien bestätigt werde, sei, dass Eskalationen im Nahen Osten zu einem Anstieg des israelbezogenen Antisemitismus führten. An dieser Stelle sei es jedoch wichtig, genau hinzuschauen, was Israel-Kritik sei und wo die Grenze zum Antisemitismus überschritten werde. Auch in der eigenen Arbeit komme man immer wieder damit in Berührung, dass Bezüge zwischen der aktuellen Politik des Staates Israel und dem Nationalsozialismus hergestellt würden, wie dies auch bei den israelkritischen Demonstrationen zu beobachten gewesen sei. Es würden z. B. Juden und Israelis gleichgesetzt oder es werde das Vorgehen des israelischen Militärs mit dem der Wehrmacht während der Zeit des Nationalsozialismus verglichen.

Die Annahme, dass Menschen, die an einem Friedensdienst von Aktion Sühnezeichen teilnahmen oder die in der Kirche engagiert seien, vor menschenfeindlichen Einstellungen gefeit seien, sei unzutreffend, wie man in der alltäglichen Arbeit beobachte. Deshalb habe man im Jahr 2010 die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechts extremismus“ mitbegründet, die sich mit dem Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft und besonders auch in kirchlichen Kreisen sowie dessen Bekämpfung befasse.

Im bereits erwähnten Projektbereich „Interkulturalität“, in dem es um die Auseinandersetzung mit Geschichte in der Einwanderungsgesellschaft gehe, arbeite man in einem spannenden Programm mit „Stadtteilmüttern“ zusammen. Bei den Stadtteilmüttern handele es sich zumeist um muslimische Frauen mit Migrationshintergrund, die in sozialen Brennpunkten wie in Kreuzberg oder Neukölln lebten und zu Familienberaterinnen ausgebildet würden. Zu ihren Aufgaben gehöre, Hausbesuche bei Migrantenfamilien zu machen und diese bei Erziehungsfragen zu beraten.

Mit Stadtteilmüttergruppen aus Kreuzberg und Neukölln habe man Seminare zum Nationalsozialismus durchgeführt. Die Initiative hierzu sei von den Frauen selbst ausgegangen, da sie mitbekommen hätten, dass das Thema „Nationalsozialismus“ in vielen politischen Debatten eine wichtige Rolle spiele. Über das Thema informiert zu sein, betrachteten sie auch als Ausdruck der Partizipation an den Debatten der hiesigen Gesellschaft. Bei der Beschäftigung mit dem Thema „Antisemitismus und Judenverfolgung“ sei man auch mit dem Phänomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert worden, wobei man beobachtet habe, dass es in muslimischen Communities teilweise eine andere Form von Antisemitismus gebe. Diese werde durch soziale Medien und Verschwörungstheorien geschürt und sei von einer stärkeren Solidarisierung mit den muslimischen Palästinensern bzw. mit der arabischen Welt gekennzeichnet. Dabei habe man festgestellt, dass der Antisemitismus dort nicht stärker ausgeprägt sei als in der herkunftsdeutschen Gesellschaft und dass sich dort auch die Debatten der Mehrheitsgesellschaft abbildeten. Eine an dem Projekt teilnehmende Stadtteilmutter mit türkischem Migrationshintergrund habe ihr gegenüber z. B. geäußert: „Uns Muslimen, uns Migranten wird immer verboten, Israel zu kritisieren“. Auf ihre Nachfrage, wer dies den verboten habe, habe die Teilnehmerin keine rechte Antwort gewusst und vermutet, dass es die jüdische Gemeinde, die israelische Botschaft oder andere jüdische Instanzen seien. Die Aussage „Wir dürfen Israel nicht kritisieren“ werde jedoch auch von Deutschen geäußert, was zeige, dass dort ein Phänomen, das sich auch in der Mehrheitsgesellschaft finde, mit anderen Worten verpackt werde. Dies habe man häufiger beobachtet. Insofern müsse man vorsichtig sein, von einem muslimischen



Antisemitismus zu sprechen. Stattdessen sollte man schauen, ob nicht einfach Debatten der Mehrheitsgesellschaft transformiert würden. Auch würden antisemitische Anschläge überwiegend von herkunftsdeutschen Rechtsextremen ausgeführt, was nicht ausschließe, dass solche Taten vereinzelt auch von Angehörigen muslimischer Communities verübt würden. Sie plädiere daher für eine differenzierte Betrachtung. Diese sei auch bei der Arbeit gegen Extremismus ratsam. Wenn die zusätzlichen Haushaltsmittel von 10 Millionen Euro für die Präventionsarbeit gegen den extremistischen Salafismus eingesetzt würden, dürfe man auch nicht aus den Augen verlieren, dass es sich bei Bewegungen wie „Hooligans gegen Salafismus“ (HoGeSa) um herkunftsdeutsche rechts-extreme Hooligans handele, die nicht nur gegen Salafisten, sondern generell gegen Muslime oder Migranten seien und menschenfeindliche Einstellungen befeuerten.

Im Rahmen der internationalen Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit sehe man viele Parallelen in anderen Ländern. Auch dort gebe es das Phänomen, dass sich Hooligans rechtsextremen Bewegungen anschließen oder sich von diesen instrumentalisieren ließen, wie man es z. B. auf dem Maidan, aber auch in Polen gesehen habe. Dabei müsse man berücksichtigen, dass es gerade in Osteuropa von staatlicher Seite sehr wenig Förderung für die Arbeit gegen Rechtsextremismus gebe. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ habe hierzu verschiedene Projekte in osteuropäischen Ländern gefördert, die inzwischen beendet seien. Rechtsextremismus sei ein internationales Phänomen mit starken Vernetzungen zwischen den Gruppierungen in den unterschiedlichen Ländern. Dies beeinflusse auch die Situation in Deutschland.

Die vom Vorsitzenden zu Beginn erwähnte Aufstockung der Haushaltsmittel um 10 Millionen Euro für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ begrüße man sehr. Gleichzeitig müsse man jedoch sehen, dass das Programm noch immer mit zu wenig Mitteln ausgestattet sei. Im Rahmen des Bundesprogramms gebe es den Programmbereich „Modellprojekte“ mit den fünf Themenfeldern Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und Islamfeindlichkeit/antimuslimi-

scher Rassismus. Die Antragsteller müssten sich dabei für ein Phänomen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entscheiden. Dies sei jedoch schwierig, da man in der praktischen Arbeit mit Gruppen häufig mit unterschiedlichen Phänomenen der Menschenfeindlichkeit konfrontiert sei. Zudem könnten pro Themenfeld bundesweit nur fünf Projekte innerhalb der nächsten fünf Jahre gefördert werden. Das sei zu wenig, vor allem wenn es um den Aufbau stabiler Strukturen gehe. Untersuchungen zeigten, dass es wichtig sei, nicht immer nur auf Ausschreitungen oder andere Eskalationsereignisse ad hoc zu reagieren. Es sei auch nicht ausreichend, wenn es z. B. in einer Schulklasse vermehrt antisemitische oder rassistische Äußerungen gebe, einfach eine Gedenkstätte zu besuchen. Vielmehr müsse man stabile zivilgesellschaftliche Strukturen schaffen, um solchen Einstellungen den Boden zu entziehen oder um die Entstehung von Bewegungen wie die Montagsdemonstrationen in Dresden und anderswo oder die Proteste gegen Flüchtlingsunterkünften zu unterbinden. Für die Etablierung solcher dauerhafter Strukturen sei mehr Unterstützung notwendig.

Herr **Timo Reinfrank** (Amadeu Antonio Stiftung) erklärt einleitend, er begrüße es, dass sich der Unterausschuss im weiteren Sinne mit dem Thema „Engagement gegen Rechtsextremismus“ befasse und auch die Ergebnisse dieser Studie diskutiere, da nach seinem Eindruck das Engagement gegen Rechtsextremismus sonst nirgendwo einen richtigen Platz im Bundestag habe. Zudem setze der Unterausschuss in seiner Arbeit ja auf überparteiliche Zusammenarbeit, die gerade bei diesem Thema besonders notwendig sei. Er wolle sich in seinen Ausführungen stärker auf die Praxis konzentrieren, da die Amadeu Antonio Stiftung einerseits Initiativen gegen Rechtsextremismus fördere und andererseits operativ Projekte unterstütze, die man z. B. mit Hilfe des angesprochenen Bundesprogramms umsetze. Hierzu habe er auch ein kurzes Papier mit erläuternden Anmerkungen mitgebracht (*Anlage 2*).

Die Amadeu Antonio Stiftung könne sich den Empfehlungen der Studie voll und ganz anschließen. Herr Professor Zick habe auch einige positive Entwicklungen beschrieben, die er mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechtsextre-



mismus in Verbindung gebracht habe. Aus der eigenen Arbeit würde er diese Einschätzung jedoch nur für die Bundesebene teilen, wo dank der Einsetzung des NSU-Untersuchungsausschusses viel passiert sei. In den Ländern und auf der lokalen Ebene sei der erwähnte NSU-Effekt jedoch kaum auszumachen. Die Amadeu Antonio Stiftung habe in den Jahren 2012 und 2013 Journalisten gebeten, sich vor Ort anzuschauen, was sich für die Initiativen vor Ort verbessert habe. Das Fazit falle eher negativ aus, da dort oft die Ansicht vorherrschend sei, dass der NSU die schlimmen Terroristen gewesen seien, der mit dem Rechtsextremismus im eigenen Dorf nichts zu tun habe, obwohl aus Sicht der Amadeu Antonio Stiftung oft ähnliche Mechanismen existierten.

Man müsse auch sehen, dass es so etwas gebe wie rechtes bürgerschaftliches Engagement, das bestimmte Partizipationsformen, z. B. Bürgerinitiativen, nutze. Bekannt sei etwa die „Interessengemeinschaft Schöneres Strasburg“ in Mecklenburg Vorpommern, die sich für Dorfverschönerungen einsetze. Es gebe die Proteste gegen die Braunkohle in Brandenburg und Sachsen sowie die Proteste gegen die Atomkraft im Wendland, wo neben dem bekannten gelben Kreuz auch immer häufiger die Lebensrune zu sehen sei. Es gebe auch Sportvereine, Rudervereine und Feuerwehrvereine, aber auch sehr gefährliche Entwicklungen wie die angesprochenen Montagsdemonstrationen, die Friedensdemonstrationen und die HoGeSa-Demonstrationen. Gerade an den Friedensdemonstrationen beteiligten sich auch engagierte linke Leute, aber auch „Reichsbürger“, Verschwörungstheoretiker und Antisemiten, sodass die Grenzen zwischen den Gruppen zunehmend verschwammen.

Aus Sicht der Amadeu Antonio Stiftung sei ein konzeptioneller Rahmen seitens des Bundes dringend notwendig, da man die Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht allein der Zivilgesellschaft überlassen dürfe. Vielmehr müsse sich der Staat fragen, was er selbst tun und wie er seine Ressourcen nutzen könne. In der Vergangenheit hätten verschiedene Ressorts unterschiedliche Programme aufgelegt. Es gebe das Bündnis für Demokratie und Toleranz, das Forum gegen Rassismus oder den Expertenbeirat der Bundesregierung zum Thema „Antisemitismus“. Aus Sicht der

Amadeu Antonio Stiftung wäre es sinnvoll, die verschiedenen Maßnahmen und Formate besser aufeinander abzustimmen und im Sinne eines lernenden Konzepts längerfristig weiterzuentwickeln. Das Bundesland Berlin habe dies z. B. mit dem Programm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ getan. Dies könnte ein gutes Vorbild auch für andere sein. Auch viele andere Bundesländer hätten Überlegungen angestellt, wie sie das Engagement gegen Rechtsextremismus dauerhaft fördern und unterstützen könnten. An dieser Stelle begrüße er auch den Koalitionsvertrag, der hierzu deutliche Aussagen treffe. Notwendig sei – wie von Frau Weduwen bereits erwähnt – eine weitere Erhöhung der Mittel für das Bundesprogramm. Wenn in der letzten Legislaturperiode 15 Projekte gegen Antisemitismus gefördert worden seien, in der aktuellen aber nur noch 5 Projekte, so sei dies einfach nicht nachvollziehbar. Es sollten zudem nicht ausschließlich Projekte gefördert werden, die sich auf Jugendliche als Zielgruppe konzentrierten. Die Amadeu Antonio Stiftung fordere daher eine gesetzliche Grundlage für die Förderung, die derzeit über den Kinder- und Jugendplan als Rahmenrichtlinie des Bundes erfolge. Eine Arbeit mit anderen Zielgruppen sei daher nicht möglich. Es könnten beispielsweise keine Projekte für Familien oder ältere Menschen zum Thema „Rechtsextremismus“ gefördert werden. Vor dem Hintergrund, dass die älteren Menschen in der Gesellschaft und auch bei Wahlen immer wichtiger würden, sei eine Änderung hier dringend notwendig.

Wenn man zivilgesellschaftliches Engagement fördern und unterstützen wolle, müsse die Zivilgesellschaft auch als Partner betrachtet werden. Das sei in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen. Die Amadeu Antonio Stiftung würde es begrüßen, wenn das Engagement gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene künftig stärker gemeinsam mit der Zivilgesellschaft diskutiert würde und wenn Rückmeldungen und Erkenntnisse der Zivilgesellschaft und der wissenschaftlichen Begleitforschung stärker einbezogen würden.

Eine weitere Tendenz, die man in der Vergangenheit beobachtet habe, sei die „Verstaatlichung“ des Engagements. So würden die Mittel bei den Bundesprogrammen immer öfter an Bundesländer und



Kommunen und immer weniger an die Zivilgesellschaft vergeben. Dahinter stehe wohl die Idee, die Bundesländer und Kommunen mittels Geld zum Engagement gegen Rechtsextremismus zu aktivieren. Das könne man vielleicht für eine gewisse Zeit machen, dauerhaft sei dies aber eine problematische Entwicklung, da die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte selbst keine anderen Ressourcen hätten. Ein Problem sei auch, dass sich manche Kommunen mit dem Handeln beim Thema „Rechtsextremismus“ schwer täten. Er könnte diverse Beispiele aus allen Bundesländern nennen, wo die Verantwortlichen vor Ort zwar sähen, dass ein Problem vorhanden sei, trotzdem scheuten sie eine Beteiligung am Programm gegen Rechtsextremismus, da dies dadurch offensichtlich würde. Diesbezüglich sei die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement freier. Hinzu komme, dass es mittlerweile eigene Strukturen und Beauftragte für das Thema auf kommunaler Ebene gebe, wodurch die Gefahr bestehe, dass das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus nicht genug beachtet werde. Verschiedene Studien wiesen auch darauf hin, dass es eine gewisse Homogenisierung des bürgerschaftlichen Engagements gebe. Es engagiere sich überwiegend die akademische Mittelschicht gegen Rechtsextremismus. Daher sei zu überlegen, wie andere Gruppen, z. B. Frauen im ländlichen Raum, ältere Menschen oder Minderheiten, für das Engagement gegen Rechtsextremismus motiviert werden könnten.

Notwendig seien auch Vorbilder im Engagement gegen Rechtsextremismus. Daher sei er im begrenzten Maße auch für Symbolpolitik und Kampagnen. Diese müssten aber authentisch sein. In einer Studie mit der Universität Magdeburg-Stendal habe man danach gefragt, warum sich ältere Menschen nur selten im Kampf gegen Rechtsextremismus engagierten. Eine Antwort sei gewesen, dass es an Vorbildern für ein solches Engagement in ihrer Generation fehle.

Erfahrungsgemäß sei es auch nicht lohnend, immer wieder neue Projekte aufzulegen. Sofern es nicht gelinge, diese in die Regelstrukturen zu überführen, ändere sich nur wenig, was wiederum diejenigen frustriere, die sich engagieren wollten. Wichtig sei zudem die Schaffung offener Strukturen, bei denen sich die Leute zum Engagement

eingeladen fühlten. Man bezeichne dies auch mit dem Begriff „Komm-Strukturen“. Zudem müssten die Themen und Probleme aufgegriffen werden, die die Menschen vor Ort bewegten. Aus Mecklenburg-Vorpommern erhalte man immer wieder Hinweise, dass die Rechtsextremen diejenigen seien, die Kinderfeste und Veranstaltungen vor Ort organisierten und sich als zentrale „Kümmerer“ inszenierten. Alle Demokratinnen und Demokraten und insbesondere die Parteien müssten sich daher überlegen, wie sie vor Ort wieder wirksamer werden könnten. In Diskussionsrunden werde häufig darüber geklagt, dass man vor Ort nicht mehr wisse, wie man das Geld für den Bus bereitstellen könne, der die Kinder zur Schule bringe, oder wie die Bibliothek aufrechterhalten werden könne, nachdem die Person, die 20 Jahre ehrenamtlich dafür gesorgt habe, ihr Engagement beendet habe. Dagegen sei für den Ausbau von Straßen dank Förderprogramme des Bundes und der EU Geld vorhanden. Die Leute hätten daher oft das Gefühl, dass sie vor Ort nicht selbst über ihre Belange mitbestimmen könnten, sondern dass sie durch die Landeshauptstädte, durch den Bund oder die EU fremdbestimmt seien. Ein neues Programm des Landwirtschaftsministeriums, bei dem es darum gehe, lokales finanzielles Kapital zu generieren, damit die Leute ihre Angelegenheiten selbst gestalten könnten, weise hier in die richtige Richtung.

Ein weiteres Problem sei die Auseinandersetzung mit Korruption und postdemokratischen Verhältnissen im ländlichen Raum, wo es die Tendenz gebe, bestimmte Angelegenheiten unter wenigen Leuten auszumachen. Hier brauche es daher andere Formen von lokaler Transparenz. Notwendig sei auch die Auseinandersetzung mit neuen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Er denke, z. B. an die sogenannten Reichsbürger, die glaubten, dass die Bundesrepublik gar nicht existiere, da das Deutsche Reich fortbestehe. Wie viele Anhänger dieser Idee es gebe, sei unbekannt. Geschätzt werde, dass es sich zwischen 50.000 und 100.000 Personen handle, die sich aus ideologischen Gründen weigerten, z. B. Steuern oder Bußgelder zu zahlen, wobei vermutlich nur ein kleiner Anteil von ihnen rechtsextrem sei. Ein Landrat habe ihm berichtet, dass sich die Gerichtsvollzieher in manchen Orten von der Polizei begleiten ließen, weil sie befürchteten, dass es sich um „Reichsbürger“



handele, die mitunter auch gewalttätig würden. „Reichsbürger“ engagierten sich häufig auch in alternativen Strukturen gerade im ländlichen Raum, z. B. in lokalen Tauschbörsen.

Ein anderes Beispiel für rechtes bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum seien die „völkischen Siedler“. Diese seien vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, aber inzwischen auch in vielen anderen Orten in Deutschland aktiv. So versuchten sie z. B. seit einiger Zeit, in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen gezielt Land zu erwerben, um ihre traditionelle völkische Lebensweise dort zu etablieren. Das spalte ganze Dörfer. Sie verteilten z. B. Flugblätter, in denen sie behaupteten, dass der Bürgermeister jüdischer Abstammung sei und bestrebt sei, seine demokratische Lebensweise allen aufzuzwingen, während sie selbst vorgäben, keinem ihre Lebensweise vorschreiben zu wollen.

Auf den Punkt „Engagement von Jugendlichen“ werde er aus Zeitgründen nicht näher eingehen. In der pluralistischen Einwanderungsgesellschaft müsse man sich darüber verständigen, wie man Gleichwertigkeitsorientierung als Leitprinzip in Jugendeinrichtungen verankern und wie man über Phänomene wie Salafismus, Islamismus und Rassismus reden könne. Sein Plädoyer sei, die Auseinandersetzung im Jugendbereich nicht nur auf das Thema „Rechtsextremismus“ zu reduzieren.

Ein wichtiges Mobilisierungsthema der rechtsextremen Szene sei die Hetze gegen Flüchtlinge. Es habe sogar zu einer Wiederbelebung der schon totgeglaubten NPD geführt. Seit dem Bundestagswahlkampf fänden jede Woche mehrere Veranstaltungen der NPD statt. Allein in diesem Jahr seien es über 210 Veranstaltungen gewesen. Mit dem Aufstellen von Container-Dörfern für Flüchtlinge habe die NPD ein Kampagnenthema gefunden, mit dem es ihr in Berlin, Dessau, Chemnitz und vielen anderen Städten gelungen sei, viele Bürgerinnen und Bürger auf ihre Seite zu ziehen, die sich von den demokratischen Institutionen nicht ernst genommen fühlten. Umgekehrt gebe es im Moment leider zu wenige, die sich aktiv für das Grundrecht auf Asyl und die Unterbringung der Flüchtlinge einsetzten. Interessanterweise stehe der Bürgermeister von Goslar auf vielen Titelseiten der Zei-

tungen, weil er sich für das Grundrecht auf Asyl einsetze und die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge anbiete, auch weil er darin eine Möglichkeit sehe, dem wirtschaftlichen Abstieg der Stadt entgegenzuwirken.

Aus Sicht der Amadeu Antonio Stiftung sei es wichtig, mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort so früh wie möglich ins Gespräch zu kommen, wenn die Aufnahme von Flüchtlingen geplant sei. Geschehe dies nicht, führe dies nur zu Frustrationen bei den Anwohnerinnen und Anwohnern, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Flüchtlinge einsetzten. Die Amadeu Antonio Stiftung habe vor kurzem ein bundesweites Vernetzungstreffen der Willkommenskultur-Initiativen durchgeführt, bei dem sich gezeigt habe, dass viele Aktivisten ausgebrannt und am Ende ihrer Kräfte seien. Es sei zwar schön, wenn Frau Staatsministerin Özoğuz öffentlichkeitswirksam das bürgerschaftliche Engagement für Flüchtlinge lobe. Die Engagierten übernahmen aber zum Teil ehrenamtlich staatliche Aufgaben ohne jegliche Unterstützung. Hinzu komme, dass sie teilweise zur Zielscheibe von Attacken würden. Ein prominentes Beispiel hierfür sei eine Pfarrerin aus Berlin-Hellersdorf, die Opfer eines Sprengstoffanschlags geworden sei. Auch in dieser Hinsicht sei eine Unterstützung der Engagierten notwendig.

Gerade in ländlichen Regionen gebe es die Situation, dass sich die Flüchtlinge kaum noch aus den Unterkünften trauten, weil sie sich häufig mit Formen von Alltagsrassismus konfrontiert sähen. Auch hier sei noch einmal eine ernsthafte Form der Auseinandersetzung notwendig. Dieser Aufgabe müssten sich alle demokratischen Parteien stellen. Wenn man Flüchtlinge nicht nur als diejenigen ansehen würde, die hier Sozialleistungen in Anspruch nähmen, sondern – wie der Bürgermeister von Goslar – als Bereicherung und Vielfalt, könnte man die Debatte auch anders führen.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihre sehr interessanten Vorträge. Die Fragerunde eröffne der Abgeordnete Dr. Karamba Diaby, wobei er daran erinnern wolle, dass für die Diskussion nur noch rund 30 Minuten zur Verfügung stünden.



Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) erklärt, er habe eine Reihe von Kommentaren und Fragen zu den Vorträgen. Zunächst einmal wolle er darauf hinweisen, dass die jetzige Koalition die „Extremismus-Klausel“ abgeschafft und die Mittel für das Bundesprogramm auf 40 Millionen Euro aufgestockt habe. Aus seiner Sicht wäre es wünschenswert, wenn zunächst auch einmal zur Kenntnis genommen würde, dass sich etwas in die richtige Richtung bewege, ehe neue Forderungen aufgestellt würden. Bemängelt worden seien auch die fünf voneinander getrennten Säulen im Bereich der Modellprojekte des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“. Ihn interessiere, ob die Träger eine solche horizontale Vernetzung nicht selbst auf Arbeitsebene anstreben könnten, statt von vornherein die gesamte Konzeption infrage zu stellen.

Die von Herrn Reinfrank geäußerte Kritik, dass die Fördermittel vorrangig an die Kommunen und nicht an die zivilgesellschaftlichen Organisationen gingen, die vor Ort die Arbeit gegen Rechtsextremismus leisteten, teile er nicht, da er diese Darstellung für verkürzt halte. Er sei selbst als Kommunalpolitiker Mitglied in Beiräten der lokalen Aktionspläne gewesen und habe es als sehr positiv und innovativ empfunden, dass dort sowohl die zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch die Kommunalpolitiker mit einbezogen gewesen seien. Sicherlich gebe es auch negative Erfahrungen bei Kommunen, die das nicht wollten. Aber ihm sei auch hier daran gelegen, die positiven Aspekte zu berücksichtigen und dort, wo die Zusammenarbeit nicht funktioniere, neue Ansätze zu finden. Herr Reinfrank habe auch betont, dass man eine Bundeskonzeption brauche. Diese Einschätzung teile er. Er sei auch Mitglied im Forum gegen Rassismus gewesen und vertrete die Ansicht, dass die Forderung nach einem Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus eine Möglichkeit wäre, wo eine solche Bundeskonzeption Eingang finden könnte. Seine Frage an Herrn Reinfrank und Frau Weduwen sei, welche Rolle sie für die Migrant*innenorganisationen sähen, die sich im Bereich Antirassismus und Antisemitismus engagierten, und wie sie deren Beitrag bewerteten.

Abg. **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt den Sachverständigen für die auch aus ihrer Sicht sehr interessanten Vorträge. Als die Studie

vor knapp zwei Wochen vorgestellt worden sei, habe sie sofort gedacht, dass diese eine sehr treffende Erklärung von Phänomenen wie die „Pegida“-Demonstrationen in Dresden liefere. Für diejenigen, die mit der Abkürzung „Pegida“ nichts anzufangen wüssten, wolle sie darauf hinweisen, dass diese für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ stehe. Unter dieser Losung seien zuletzt über 5.000 Menschen in Dresden jeden Montag auf die Straße gegangen, obwohl der Ausländeranteil an der Bevölkerung in Sachsen bei nur ca. 2 Prozent und der muslimische Bevölkerungsanteil bei nur 0,1 Prozent liege. Die Gefahr der „Islamisierung“ sei auch insofern in Sachsen eher gering. Als die Teilnehmerzahl an den Demonstrationen in den letzten Wochen immer mehr zugenommen habe, habe dies viele in Politik und Öffentlichkeit vor ein Rätsel gestellt, da die Teilnehmer weder bekennende Nazis seien noch dem gewaltbereiten Milieu der HoGeSa-Leute angehörten, sondern oftmals aus der bürgerlichen Mitte stammten. Daher halte sie den Begriff „Etabliertenvorrechte“ und die dahinter vermuteten Abstiegsängste für eine zutreffende Erklärung für das Phänomen. Mittlerweile rege sich in Dresden zum Glück auch Widerstand gegen die „Pegida“-Demonstrationen. Am letzten Montag habe es erstmals eine Gegendemonstration gegeben, die den „Pegida“-Aufzug gestoppt habe. Die Gefahr sei, dass sich solche Phänomene über die sozialen Medien verstärkten und auf andere Regionen auch in Westdeutschland ausweiteten. Das sei für sie auch eine Bestätigung dafür, dass das Bild vom „typischen Nazi“ dringend einer Revision bedürfe, weil es so nicht mehr zutreffend sei.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, sie habe zwei Nachfragen, da für sie eine Reihe von neuen Begriffen gefallen seien, die die verschiedenen Gruppen beschrieben. Sie komme aus dem Rhein-Main-Gebiet, wo es die klassische Rechte und eine sehr starke AfD gebe, die sich in ihrem Wahlkreis zum Teil auch aus ehemaligen konservativen FDP-Wählern rekrutiere, die schon immer sehr reserviert gegenüber Ausländern gewesen seien. Sie interessiere, ob man aufgrund der Studie sagen könne, dass es sich um eine Sammlungsbewegung handele, die aus unterschiedlichen Organisationen bestehe oder ob es sich um regional unterschiedlich zusammengesetzte Einzelphänomene handele, die zum Teil



vielleicht einzelne Berührungspunkte aufwiesen und sich um eine starke „Führerpersönlichkeit“ scharten. Herr Professor Zick habe darauf hingewiesen, dass es eine doppelte Form der Radikalisierung gebe: zum einen von denjenigen, die die Aufnahme von Flüchtlingen ablehnten, aber auch von denjenigen, die die Flüchtlinge erfreulicherweise mit großer Inbrunst ehrenamtlich unterstützten. Allerdings sei eine solche Hilfe immer auch ein wenig brüchig, weil in dem Moment, wo die Zahl der Flüchtlinge wieder zurückgehe, viele Initiativen möglicherweise wieder einschliefen. Sie interessiere, wie man dieses positive Engagement dauerhaft erhalten und unterstützen könne.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) betont, sie können vieles, was die Sachverständigen vorgetragen hätten, aus Sachsen-Anhalt bestätigen. Gleichwohl habe sie einige Nachfragen. Herr Professor Zick habe angemerkt, dass es eine Abwehrhaltung bei Rechtsextremen gegenüber demokratischen Strukturen gebe; auf der anderen Seite gebe es aber auch das Phänomen, dass sie sich durchaus einmischten, demokratische Beteiligungsformen nutzten und aktuelle gesellschaftliche Themen okkupierten. Sie interessiere, ob sich die Studie auch mit diesem Aspekt intensiver auseinandergesetzt habe. Bekannt sei auch, dass es das Phänomen des Rechtsextremismus und Nationalismus nicht nur in Deutschland gebe. Sie würde gerne wissen, welche Vernetzungen es zwischen den Rechtsextremisten in Europa gebe und inwiefern diese Problematik in der Studie untersucht worden sei. Was die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste tue, könne man als Stärkung von zivilgesellschaftlicher Courage und Widerstandsfähigkeit gegen rechtsextreme Haltungen bezeichnen. Möglicherweise sei man bei der Arbeit auch mit Jugendlichen konfrontiert, die rechtsextreme Einstellungen aufwiesen und in solchen Kreise verkehrten. Ihre Frage an Frau Weduwen sei, wie solche Jugendlichen reagierten und welche Wirkung es auf sie habe, wenn man mit ihnen eine Gedenkstätte besuche. Herr Reinfrank habe mehr Partnerschaftlichkeit bei der Entwicklung von Gegenstrategien zwischen Politik und Zivilgesellschaft angemahnt. Sie interessiere, wie dies aus seiner Sicht konkret aussehen könnte.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) dankt den

Sachverständigen für die vielfältigen Informationen, die in der Kürze der Zeit kaum zu verarbeiten gewesen seien. Sie habe aus dem Beitrag von Herrn Professor Zick mitgenommen, dass die Feindseligkeiten quantitativ insgesamt eher abnähmen, aber radikaler würden. Sie interessiere, ob es auch Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb der Extremistenszene gebe. Herr Reinfrank habe einerseits darauf hingewiesen, dass auf Bundesebene hinsichtlich der Bekämpfung des Rechtsextremismus sehr viel passiert sei, in den Ländern und Kommunen hingegen deutlich weniger; andererseits habe er kritisiert, dass immer mehr Geld aus den Programmen an Länder und Kommunen fließe und das Engagement quasi verstaatlicht werde. Sie interessiere, ob Länder und Kommunen die Mittel aus Sicht von Herrn Reinfrank nicht zielgerichtet einsetzten und ob das Geld nicht an der richtigen Stelle ankomme. Herr Reinfrank habe zudem eine stärkere Förderung der Zivilgesellschaft und von Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements gefordert. Sie würde gerne wissen, welche Konzepte es hierfür bereits gebe. Überrascht habe sie die in einem Nebensatz geäußerte Forderung nach mehr Engagement von Frauen im ländlichen Raum, da es nach ihrer Erfahrung gerade die Frauen seien, die dort sehr aktiv im Engagement seien. Ähnlich wie die Kollegin Schulz-Asche habe sie von „völkischen Siedlern“ und „Reichsbürgern“ in ihrer Region noch nie gehört. Sie interessiere, wo diese ihre Schwerpunkte hätten. Festzustellen sei aktuell auch, dass es eine große Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung gebe, Flüchtlinge und Asylsuchende ehrenamtlich zu unterstützen. Sie interessiere, wie es gelingen könne, dieses aufkeimende Engagement dauerhaft zu stärken.

Abg. **Sylvia Pantel** (CDU/CSU) weist darauf hin, dass es zwischen Antiziganismus und Antisemitismus viele Analogien gebe. Insofern hielte es sie für sinnvoll, eine gemeinsame Konzeption gegen Fremdenfeindlichkeit statt verschiedene Konzepte gegen die Ausgrenzung von einzelnen Gruppen zu entwickeln. In Düsseldorf habe sich mit „Respekt und Mut“ bereits vor vielen Jahren ein Netzwerk herausgebildet, das das Engagement der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und für interkulturelle Verständigung unterstütze und von einem breiten Bündnis von Institutionen und Organisationen getragen werde. Insofern gebe es



durchaus bereits viele positive Beispiele bei der Bekämpfung von unterschiedlichen menschenfeindlichen Einstellungen.

Herr **Prof. Dr. Andreas Zick** (Universität Bielefeld) erklärt mit Blick auf die Fragen der Abgeordneten Schulz-Asche und Pahlmann, dass die Verbindung zwischen den unterschiedlichen rechtsextremen Gruppen nicht Gegenstand der Studie gewesen sei. Auf der Homepage des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung (<http://www.uni-bielefeld.de/ikg>) finde man jedoch eine Reihe von Untersuchungen, in denen darauf hingewiesen werde, dass die internationale Vernetzung ein Kernproblem sei. Sowohl im rechtspopulistischen als auch im rechtsextremen Bereich werde im Moment die Strategie „Lokal agieren, überregional reagieren“ verfolgt. Gerade über das Internet entwickle sich derzeit eine überregionale Vernetzung und so etwas wie eine gegen-zivilgesellschaftliche rechtsextreme Welt, wo sich mit Hilfe moderner Methoden eigene Communities im Internet bildeten. Dies stelle in der Tat ein großes Problem dar. Es gebe auch Einzelne, die vom Rechtsextremismus zum Salafismus konvertierten, auch wenn dies kein allgemeines Phänomen sei.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe darauf hingewiesen, dass sich die Rechtsextremisten zum Teil von der Demokratie distanzieren. Wenn man sich jedoch anschauen, wie diese im Moment im Europäischen Parlament agierten, gebe es auch die gegenteilige Strategie, demokratischen Strukturen solange zu nutzen, wie sie der nationalen Idee dienen. Insofern gebe es keine Komplettdistanzierung von der Demokratie, sondern das Bestreben so etwas wie eine „nationalsozialistische Demokratie“ mit entsprechenden Geldflüssen zu etablieren. Aus Interviews, die man im Rahmen anderer Untersuchungen mit Rechtsextremen geführt habe, wisse man, dass es bei ihnen ein wenig Neid auf den extremistischen Salafismus gebe, der auf der Straße agiere und betone, dass er mit der Demokratie vor Ort nichts zu tun habe. Sowohl der Rechtsextremismus als auch der Rechtspopulismus reagierten vor allem auf Druck. Die Gefahr sei, dass lokale Radikalisierungen stattfänden, aus denen ein innerer Druck entstehen könne, eigene Zeichen setzen zu müssen.

In einer in diesem Jahr durchgeführten repräsentativen Untersuchung habe man festgestellt, dass Menschen mit Migrationserfahrung bürgerschaftliches Engagement als viel wichtiger für die Zugehörigkeit zu Deutschland beurteilen als Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Sprache und der Pass allein reichten als Kriterien für die Zugehörigkeit zu Deutschland nicht aus. Dieses vorhandene zivilgesellschaftliche Potenzial sollte man nutzen und möglicherweise mit einer gemeinschaftlichen Identität, etwas für die Demokratie zu tun, verbinden. Denn wenn sich die demokratischen Strukturen vor Ort nicht veränderten, weil die etablierten Kräfte dies ablehnten, drohe diese Engagementbereitschaft wieder einzubrechen. Ziel müsse es sein, sich so miteinander zu vernetzen, dass sich die Strukturen selbst veränderten. Hierfür müsse man neue Wege finden.

Frau **Jutta Weduwen** (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste) erklärt, der Abgeordnete Dr. Diaby habe Recht, dass die Aufstockung der Mittel beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ein Erfolg sei, der manchmal seitens der Zivilgesellschaft zu wenig gewürdigt werde und dass Kritik an der Förderung der fünf separaten Themenfelder im Rahmen der Modellprojekte geübt werde. Die vom Abgeordneten Dr. Diaby angeregte horizontale Zusammenarbeit zwischen den Trägern strebe man an. Dies wolle sie anhand eines Beispiels illustrieren. Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste habe ein Projekt mit Stadtteilmüttern im Rahmen des Bundesprogrammes beantragt. Stadtteilmütter selbst seien von antimuslimischem Rassismus seitens der Mehrheitsgesellschaft betroffen. Jedoch entdeckte man auch bei den Stadtteilmüttern – wie in der Mehrheitsgesellschaft – Formen von Antisemitismus, aber inzwischen auch Formen eines starken Antiziganismus. Daher habe man ein Projekt im Themenfeld „Antiziganismus“ beantragt, obwohl man wisse, dass man dabei auch mit anderen menschenfeindlichen Phänomenen in Berührung kommen werde. Diese werde man versuchen, in dem Projekt mit zu behandeln. Beim Thema „Antiziganismus“ sei die Schwierigkeit, dass es nur sehr wenige andere Fördertöpfe gebe, die Mittel für solche Projekte bereitstellten, was auch für die anderen Phänomene gelte. 40 Millionen Euro seien sicherlich keine kleine Summe, berücksichtige man aber die Ergebnisse der vorhandenen Studien, sei die Förderung von bundes-



weit 5 Projekten in diesem Bereich einfach zu wenig. Insofern müsse man schauen, wie man zusätzliche Gelder generieren könne.

Die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen sei bei einigen Programmen eine Förder Voraussetzung, was gut und wichtig sei. Herr Reinfrank habe vorhin gesagt, dass es nicht nur darum gehe, dass sich die weiße herkunft-deutsche Mittelschicht mit den menschenfeindlichen Phänomenen auseinandersetze. Gleichwohl sei es aus ihrer Sicht wichtig, zu betonen, dass es erst einmal eine Aufgabe dieser Gruppe sei, gegen den Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft vorzugehen. Trotzdem könne das Thema nicht eindimensional betrachtet werden. Bei den bereits erwähnten Stadtteilmüttern handele es sich um Migrantinnen, bei denen auch Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auftauchten. Aufgrund dieser Überschneidungen sei eine Kooperation notwendig, auch um eigene Ansätze und Standpunkte zu hinterfragen.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe nach der Arbeit mit Jugendlichen in Gedenkstätten gefragt. Von unterschiedlichen Landeskirchen habe man die Rückmeldung bekommen, dass z. B. in Konfirmandengruppen Rassismus, aber auch Rechtsextremismus auftrete. Man habe daher in Kooperation mit der Landeskirche Württemberg ein Programm für die Gemeindejugendarbeit entwickelt, wo man dies thematisieren wolle. Wenn ein Schüler auf dem Schulhof mit „du Jude“ titulierte werde, reiche es nicht aus, mit der entsprechenden Klasse einfach eine Gedenkstätte zu besuchen, um aufzuzeigen, welche Gräueltaten in der Vergangenheit an den Juden begangen worden seien, sondern hier sei eine differenzierte Bildungsarbeit notwendig.

Die gemeinsame Bekämpfung von unterschiedlichen menschenfeindlichen Phänomenen sei grundsätzlich möglich, da sie sich in der Praxis oft auch vermischten. Trotzdem finde sie es wichtig, bestimmte Phänomene differenziert zu bearbeiten. Antisemitismus sei z. B. nicht einfach nur eine Form von Rassismus, sondern es gebe eine lange tradierte christliche Form des Antisemitismus, die auch besonders bearbeitet werden müsse. Die Antwort auf die Frage der Abgeordneten Pantel laute

daher: einerseits ja, da man aus der Vorurteilsforschung wisse, dass man bestimmte Dinge verallgemeinern könne; aber es gebe eben auch Phänomene, wo es wichtig sei, spezifiziert zu arbeiten und genau hinzuschauen, worum es eigentlich gehe.

Herr **Timo Reinfrank** (Amadeu Antonio Stiftung) bedankt sich für das positive Echo zur Forderung, dass eine Konzeption von Seiten des Bundes bei diesem Thema notwendig sei. Die Amadeu Antonio Stiftung sei gerne bereit, sich daran zu beteiligen. Die AfD, die er im Übrigen weniger als rechtspopulistisch, sondern eher als nationalkonservativ bezeichnen würde, sei insbesondere bei der Mobilisierung im Internet ungeschlagen. Wer immer dachte, die Piratenpartei sei *die* Internetpartei liege falsch. Die AfD habe viel mehr Potenzial und viel mehr „Likes“ und Interaktion in den sozialen Netzwerken, auch mehr als CDU und SPD. Das sei ein eigenes interessantes Thema, das man einmal genauer beleuchten müsste. Dies gelte auch für die Mobilisierung von „hatern“.

Bei den lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ hielte er es für sinnvoll, wenn nicht nur Kommunen, sondern auch zivilgesellschaftliche Initiativen das Geld beantragen könnten. In Brandenburg habe ihm z. B. ein Bürgermeister erklärt, es gebe eine Haushaltssperre, außerdem sei eine Beteiligung mit zu viel Arbeit verbunden sei. Deshalb stelle man erst gar keinen Antrag. Der frühere Landrat des Landkreises Uecker-Randow habe ihm gegenüber geäußert, dass ihm eine Beteiligung an dem Programm zu gefährlich sei. Er müsste sie im Kreistag diskutieren, wo auch die NPD vertreten sei. Das wolle er seinen demokratischen Abgeordneten nicht zumuten. Er erwähne das Beispiel hier explizit, da der Landkreis im Zuge der Kreisgebietsreform inzwischen aufgelöst worden sei. Im sächsischen Mittweida hätten Mitglieder der inzwischen verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“ sogar eine Polizeiwache gestürmt und Beamte in ihre Gewalt gebracht. Die Kommune sei dem dringenden Wunsch der Zivilgesellschaft, einen lokalen Aktionsplan zu erstellen, nicht gefolgt. Die Zivilgesellschaft selbst habe aber keinen entsprechenden Antrag stellen können. Er könnte weitere aktuellere Beispiele nennen, was er mit Rücksicht auf die Vertraulichkeit nicht tun werde. In Nieder-



sachsen würden viele Kommunen gerne mehr im Kampf gegen Rechtsextremismus tun, aber aus touristischen Gründen hätten in einem Landkreis die Gemeinden mehrheitlich beschlossen, keinen Antrag für eine „Partnerschaft für Demokratie“ zu stellen. Man habe nach wie vor ein riesiges Erkenntnisproblem und Wahrnehmungsdefizit beim Thema „Rechtsextremismus“ in den Kommunen. Viele hätten immer noch nicht erkannt, dass das Problem eher größer werde, wenn man sich nicht mit ihm auseinandersetze. Darauf setzten z. B. auch die erwähnten „völkischen Siedler“, die im Wendland Land aufkauften.

Was das Thema „Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Antiziganismus und Salafismus“ angehe, arbeite man in Jugendeinrichtungen zwar oft offiziell zum Thema „Antisemitismus“, aber häufig spielten auch Antiziganismus und Salafismus eine Rolle. Man beobachte aktuell auch, dass Jugendliche auf einmal IS-T-Shirts trügen. Auch früher habe es Hamas- und Hisbollah-Sympathisanten unter Jugendlichen gegeben, aber man habe mit ihnen arbeiten und reden können. Man mache auch ein Facebook-Monitoring als Form einer Kontrolle, was man mit der eigenen Arbeit bei den Jugendlichen erreiche. Im Gaza-Konflikt habe man gemerkt, dass sich diese Jugendlichen zurückhielten. Sie hätten nicht einfach der Kritik zugestimmt, aber gleichzeitig sympathisieren sie mit der Hisbollah, der Hamas oder dem IS. Daher halte er es für gefährlich, nur noch auf reine Deradikalisierungsprogramme zu setzen und die konventionelle Jugendarbeit mit ihrem breiteren Ansatz nicht

mehr zu fördern. Ein Mitarbeiter eines Berliner Jugendamtes habe ihm erklärt, dass er ein solches Programm nicht befürworte, weil er damit eingestehen würde, dass man in diesem Bereich ein Problem habe. Wenn man aber ein Problem hätte, müsste zu dessen Beseitigung auch Geld zur Verfügung gestellt werden, das aber nicht vorhanden sei.

Abschließend wolle er noch kurz etwas zur Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft sagen. Der Bund habe allen Ländern die Gründung von Beratungsnetzwerken zwischen Zivilgesellschaft und den staatlichen Behörden verordnet. Ihn wundere, dass der Bund das, was er auf anderer Ebene an partnerschaftlicher Zusammenarbeit fördere, nicht selbst bei sich praktiziere.

Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihr Kommen. Es sei sicherlich nicht das letzte Mal gewesen, dass man sich mit diesem Thema beschäftigt habe. Man werde in der Obsoleszenzrunde noch einmal beraten, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen seien. Er wünsche allen einen guten Heimweg sowie eine gute Advents- und Weihnachtszeit.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr

Willi Brase, MdB
Vorsitzender

FRAGILE MITTE FEINDSELIGE ZUSTÄNDE

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN
IN DEUTSCHLAND 2014

Berlin, 3. Dezember 2014

Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"

UA-Drs. 18/019

Prof. Dr. Andreas Zick

Dr. Anna Klein

Eva Groß (Kordinatorin)

Andreas Hövermann

Prof. Dr. Beate Küpper

in Kooperation mit:

Prof. Dr. Frank Faulbaum (SUZ)

Ralf Melzer (FES)

Anlage 1

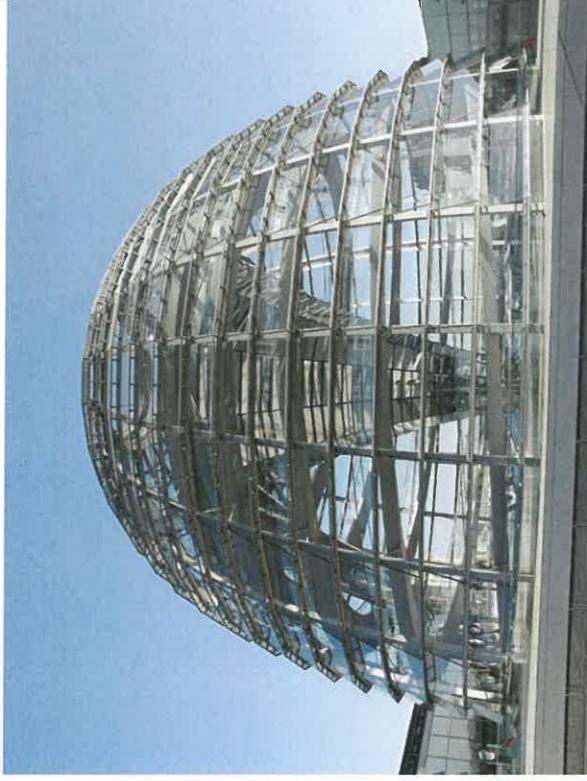
Datengrundlage

Umfrage (CATI), Juni – August 2014

Sekundäranalyse „Mitte“-Daten 2006 – 2012

Sekundäranalyse der GMF-Daten 2002-2011

Feindseligkeiten Radikale Mentalitäten Sollbruchstellen

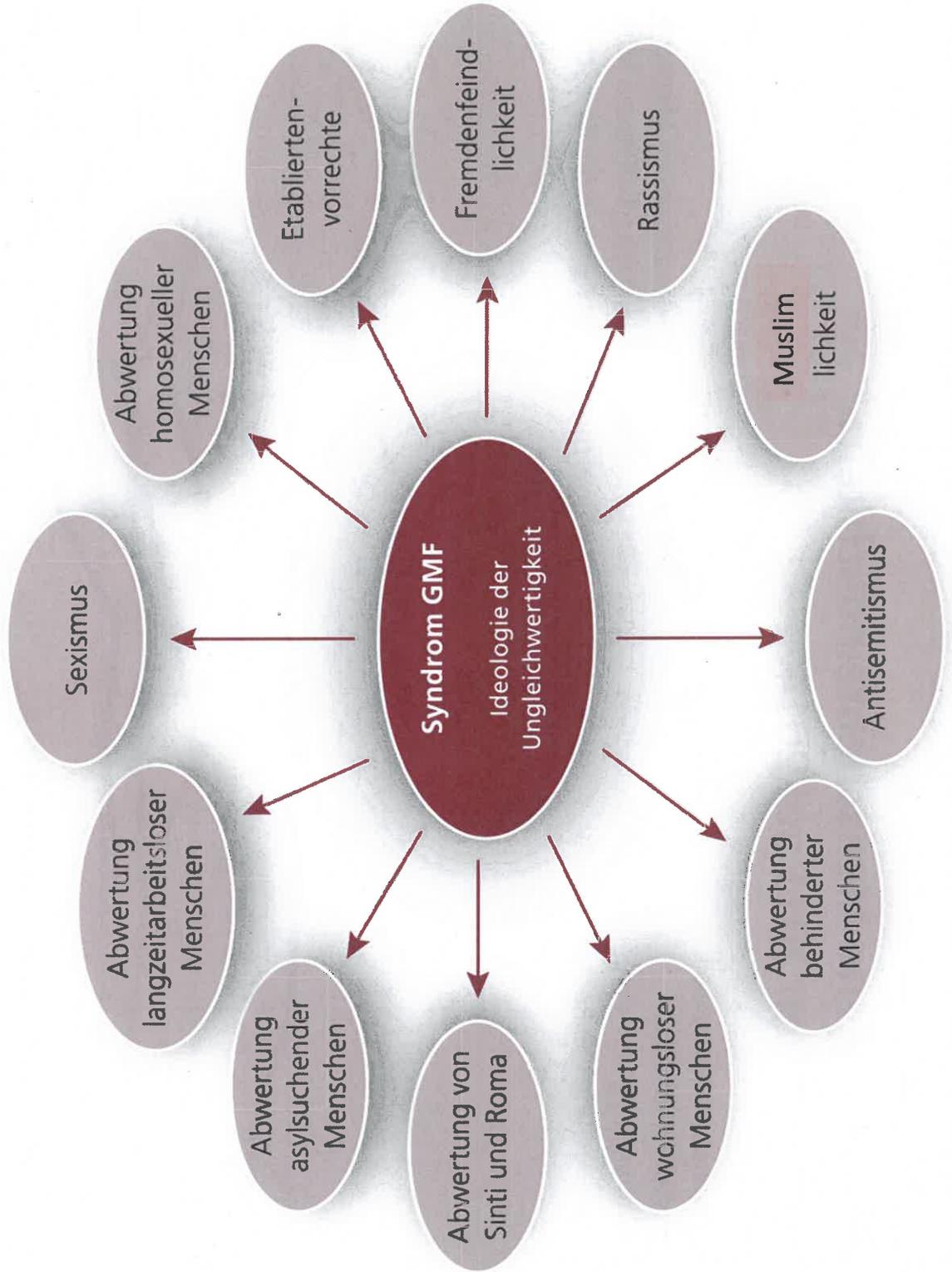


Feindselige Zustände

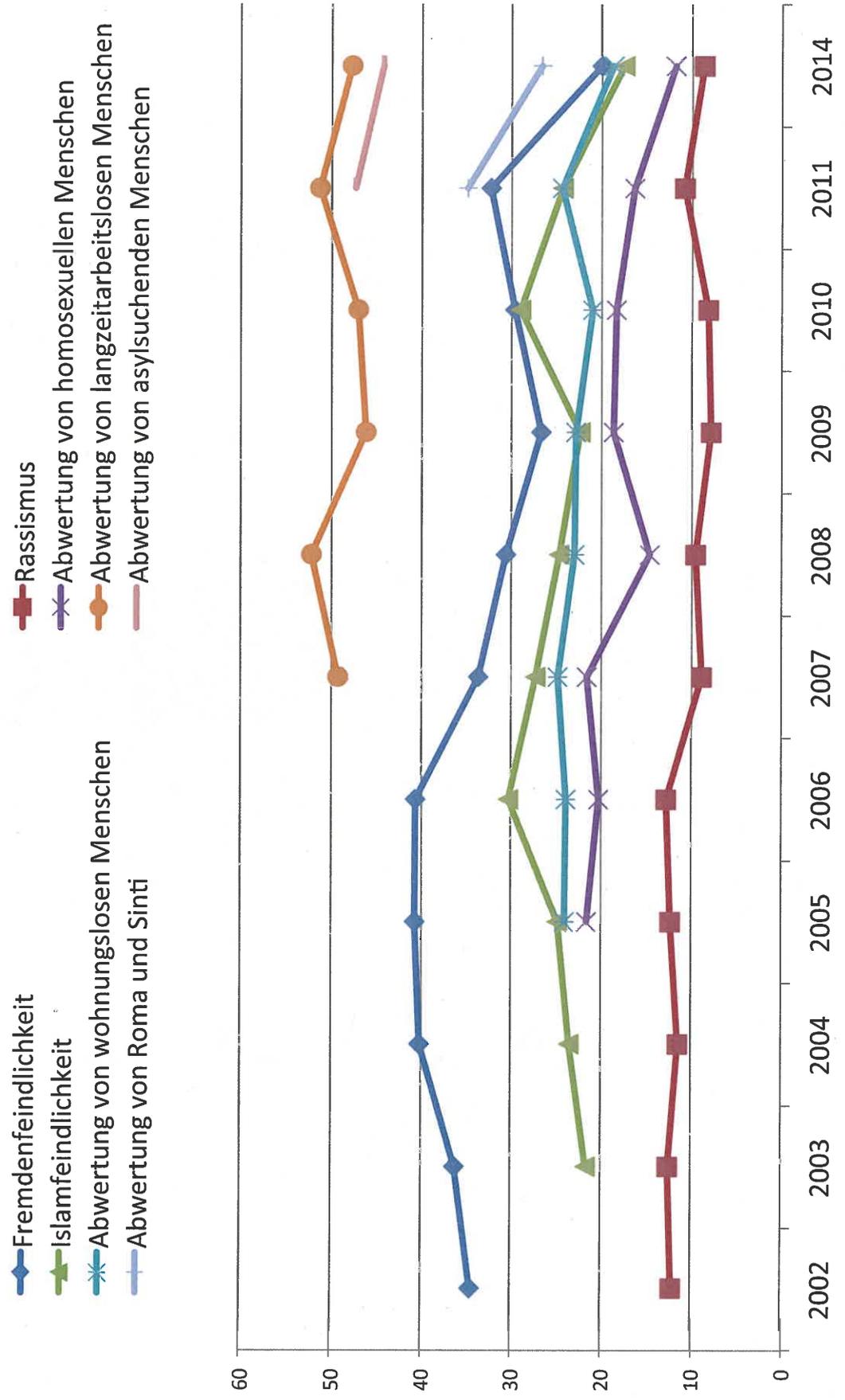
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Akzeptanz rechtsextremer Überzeugungen

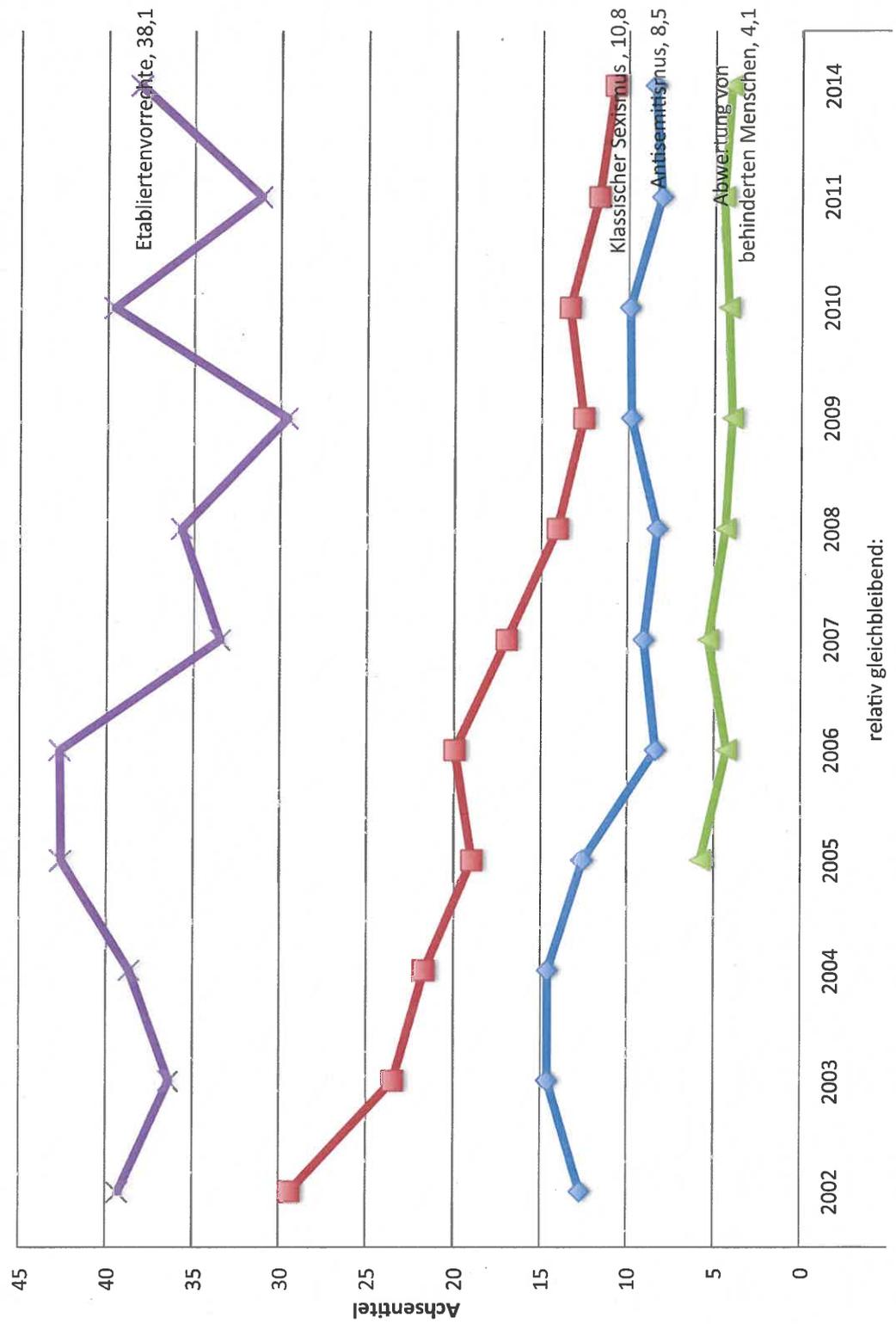
Syndrom Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



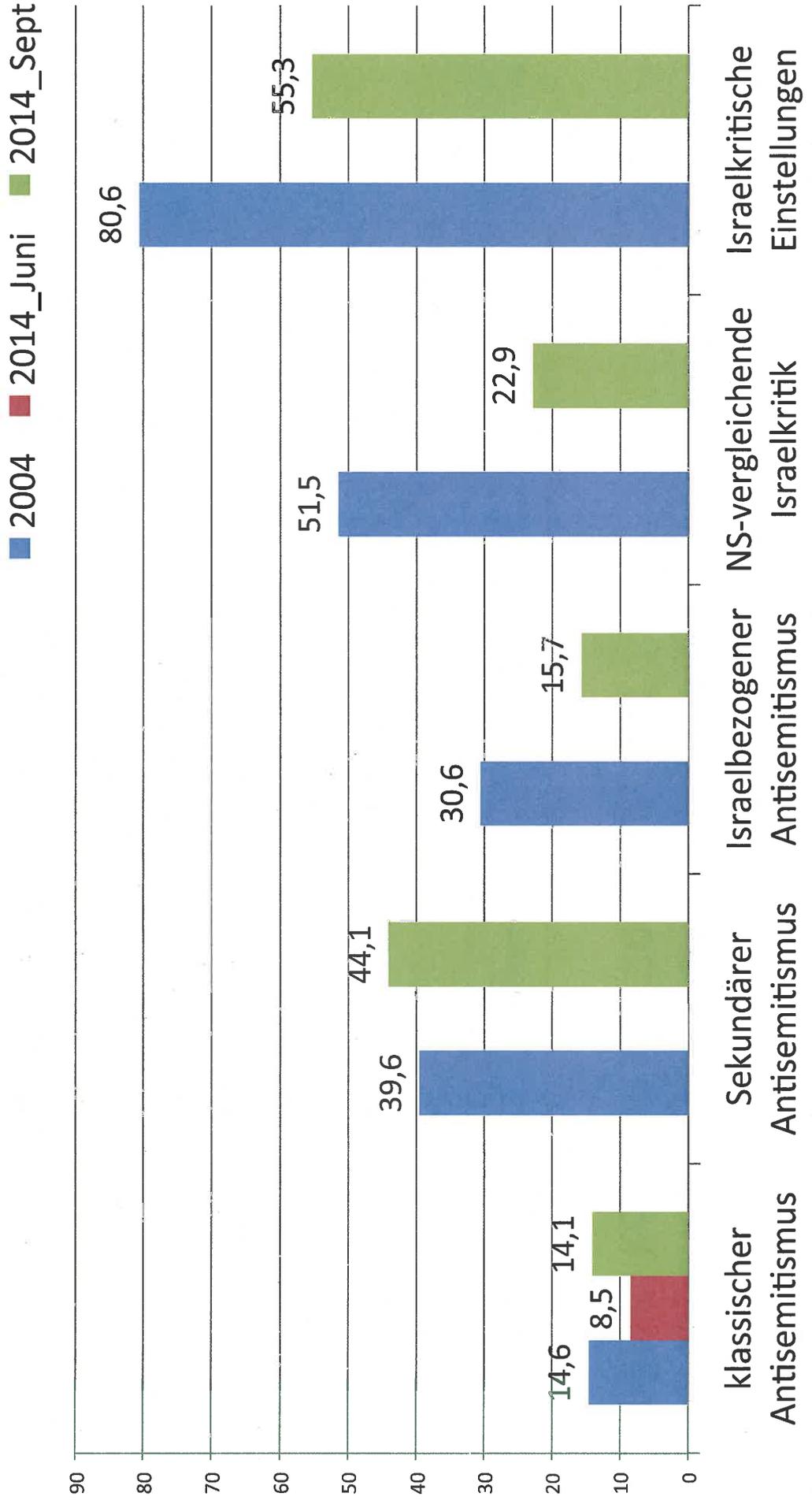
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Abnehmend von 2011 auf 2014



Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Relativ konstant von 2011 auf 2014



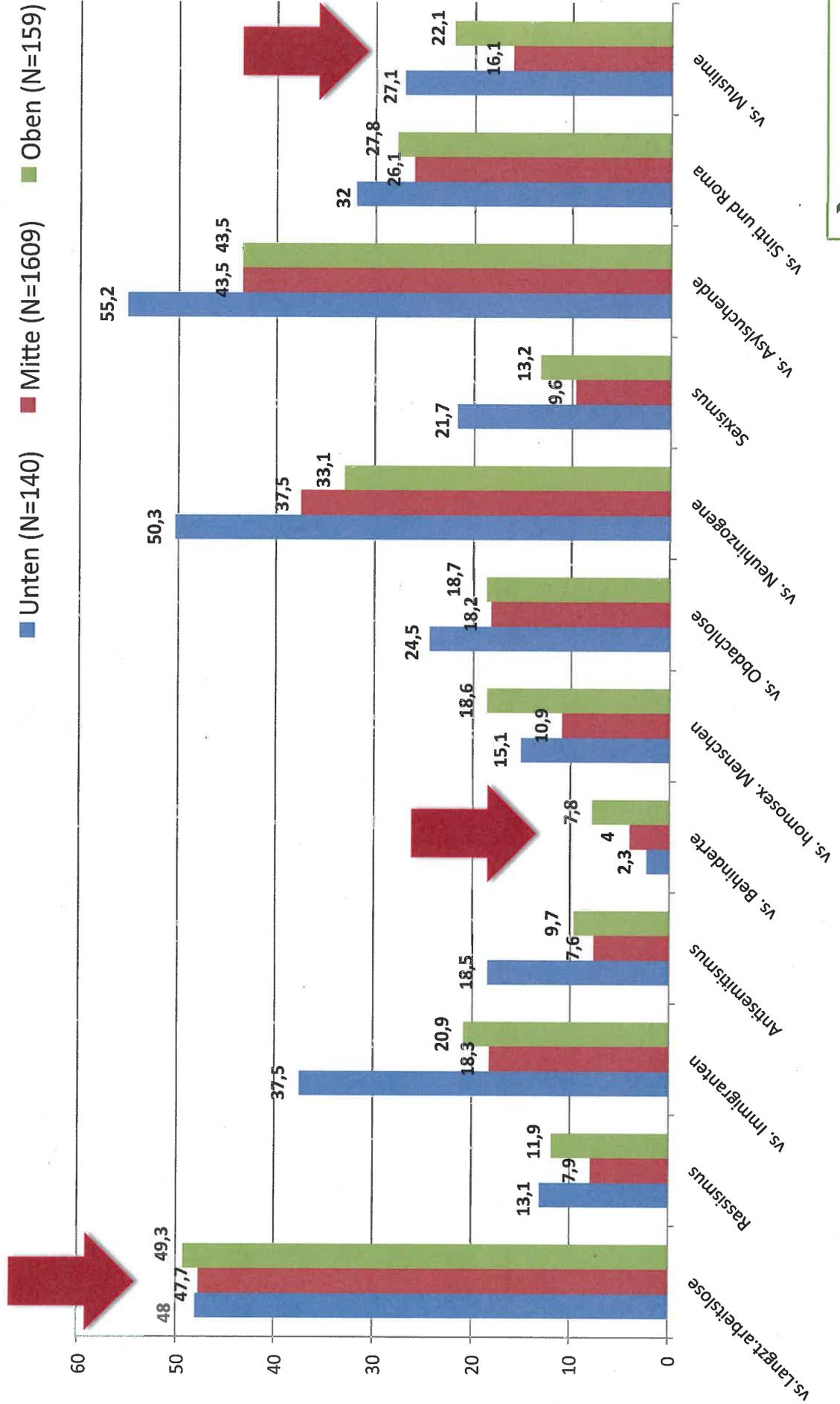
Zustimmung zu unterschiedlichen Facetten des Antisemitismus in 2004, Juni 2014 und September 2014 (in Prozent)



Einzelitems Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

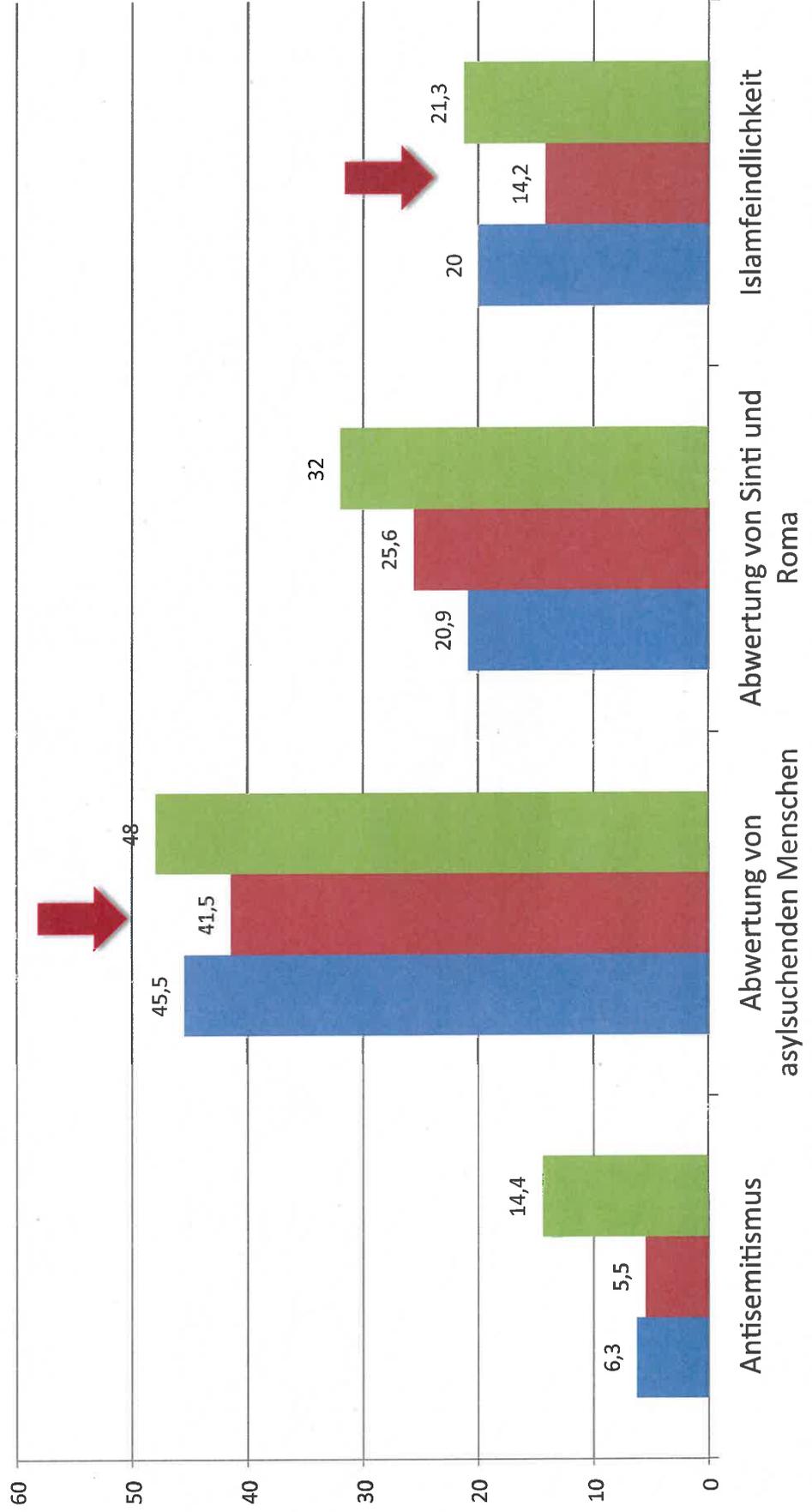
	Ablehnung %	Zustim- mung
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	39,4	60,8
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	60,2	39,9
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	51,3	45,8
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	57,8	42,1
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	61,9	37,1
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	61,7	38,3

Zustimmung zu allen Facetten von GMF nach sozioökonomischer Selbstverortung

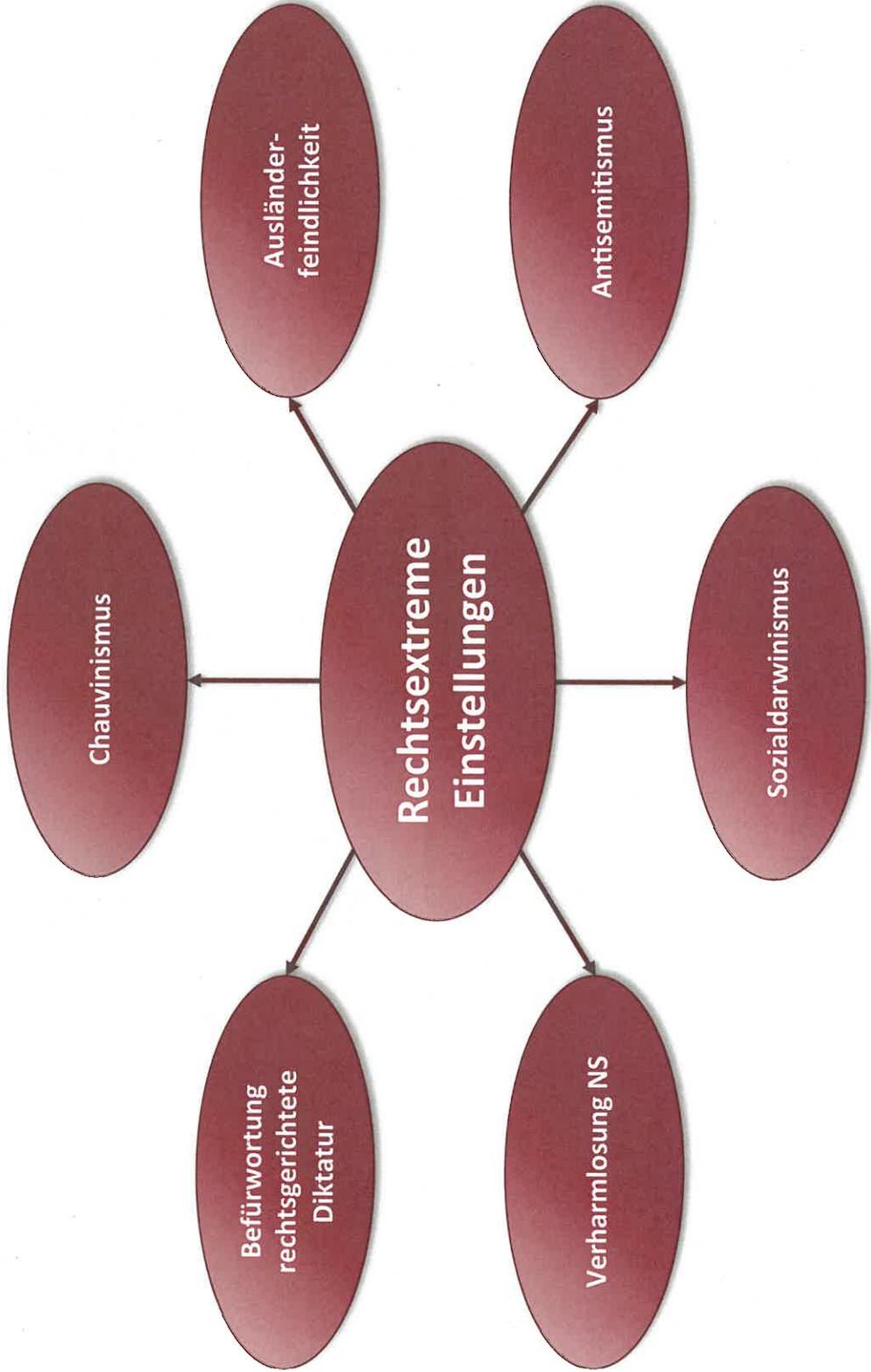


Zustimmung zu einzelnen Facetten von GMF in verschiedenen Altersgruppen

■ 16-30 Jahre (N=379) ■ 31-60 Jahre (N=899) ■ >60 Jahre (N=594)

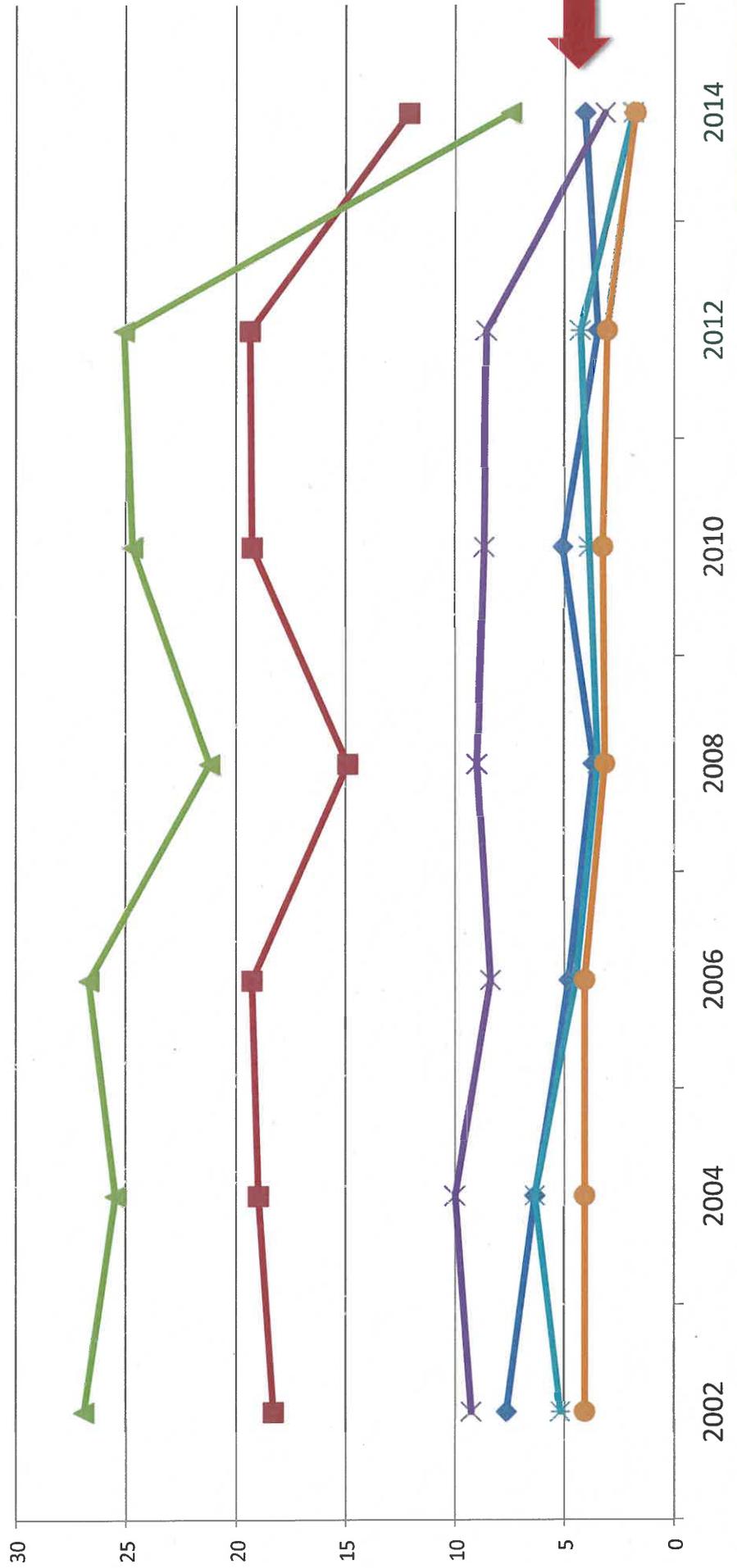


Rechtsextremes mehrdimensionales Einstellungsmuster (z.B. Brähler, Decker, Geißer 2006)



Entwicklung rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung 2002 - 2014

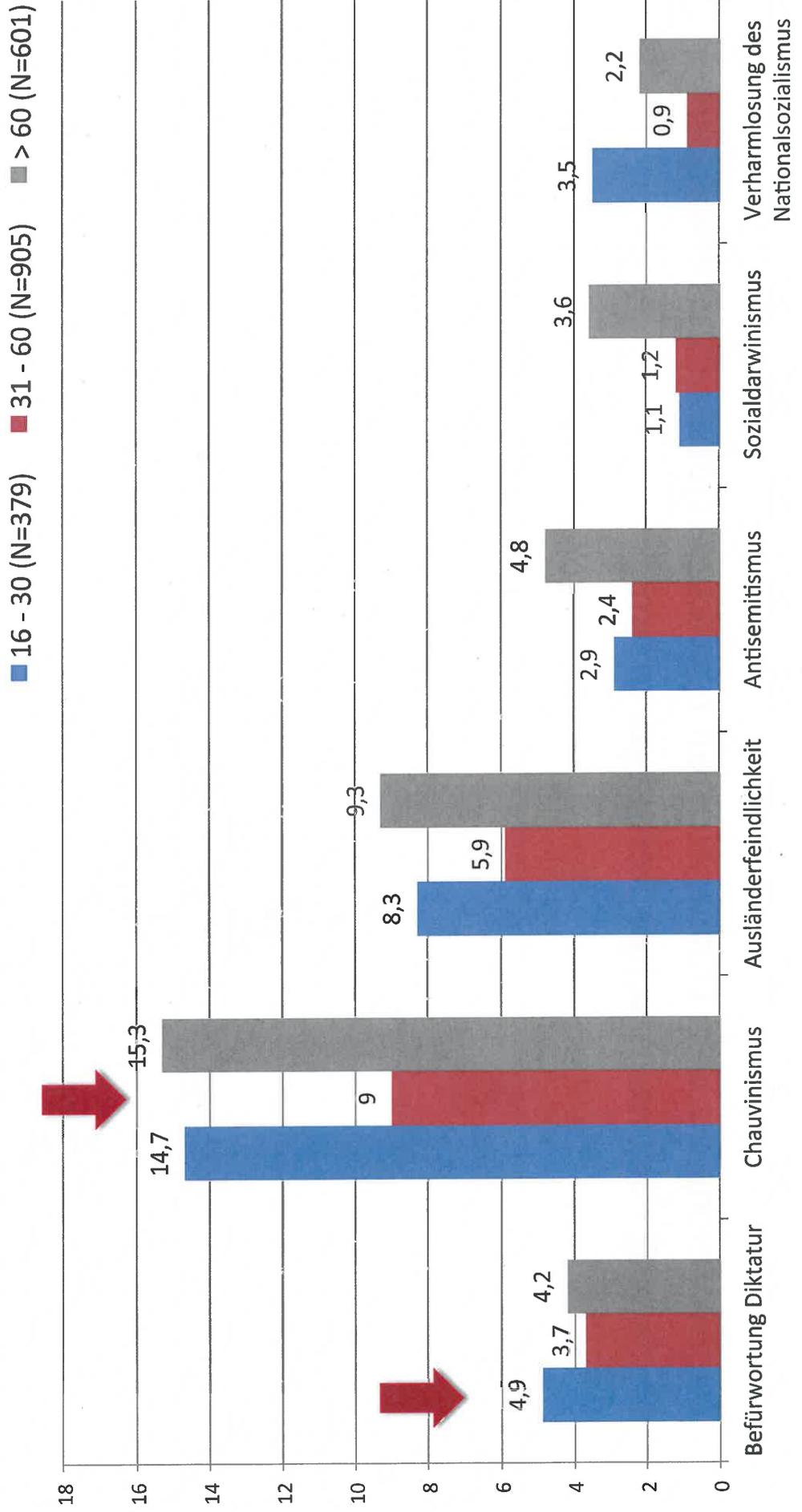
- ◆ Befürwortung rechtsautoritäre Diktatur
- ▲ Ausländerfeindlichkeit
- ✕ Sozialdarwinismus
- Chauvinismus
- ✕ Antisemitismus
- Verharmlosung Nationalsozialismus



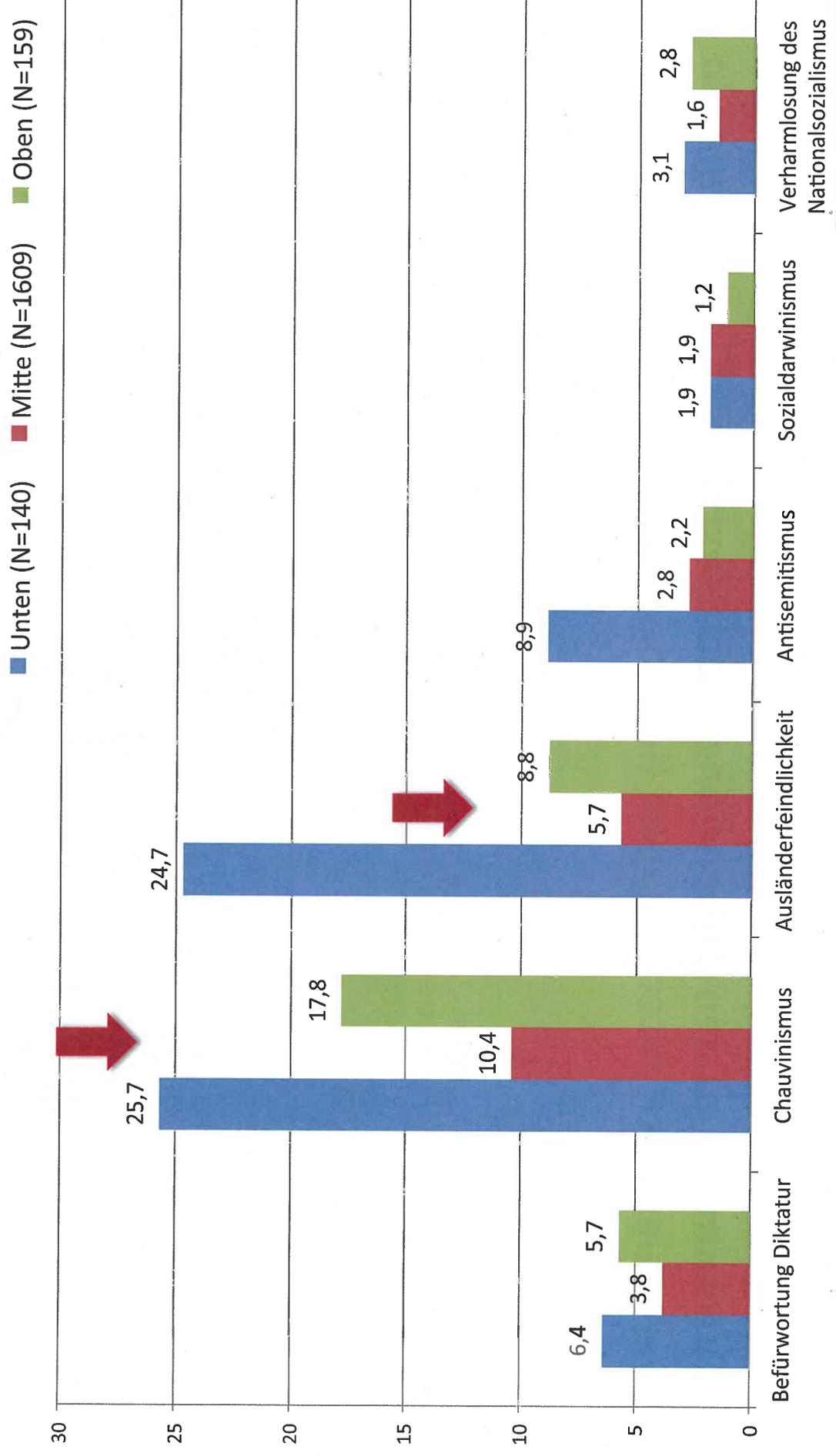
Auffällige Einzelitems Rechtsextremismus

	Ablehnung	Stimme teils zu/ stimme teils nicht zu	Zu- stimmung
Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. (DIKTATUR)	62,5	15	22,5
Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben. (CHAUVI)	38,3	25,8	35,9
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten. (NS-VERHÄRMLOSUNG)	63,2	16,7	10,1

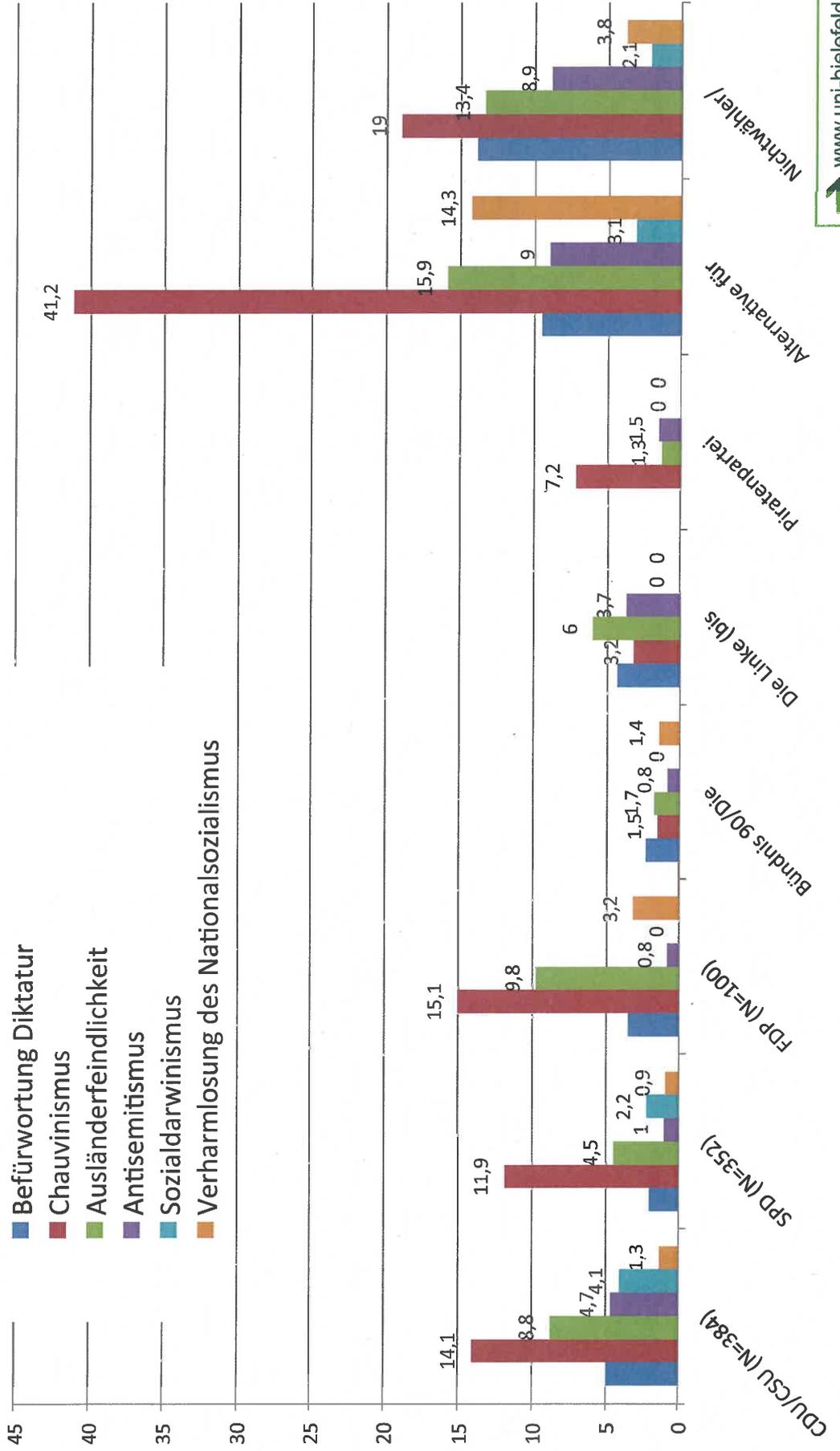
Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen (in Prozent)



Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach sozioökonomischer Selbstverortung



Rechtsextreme Einstellungen bei Befragten mit unterschiedlichen Wahlintentionen (in Prozent)



Feindseligkeiten Radikale Mentalitäten Sollbruchstellen



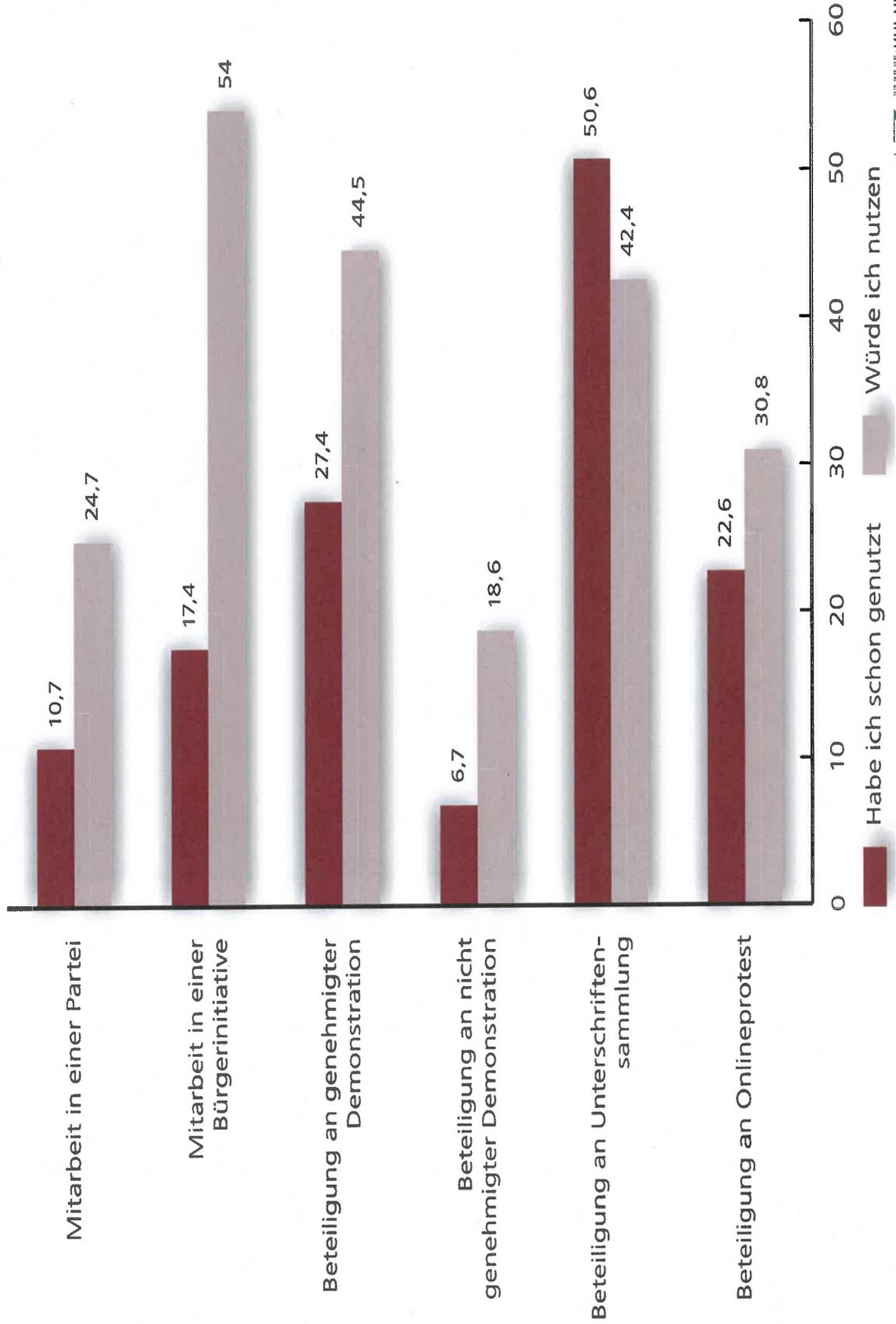


Marktförmiger Extremismus
Europakritische Meinungen
Demokratielkritik

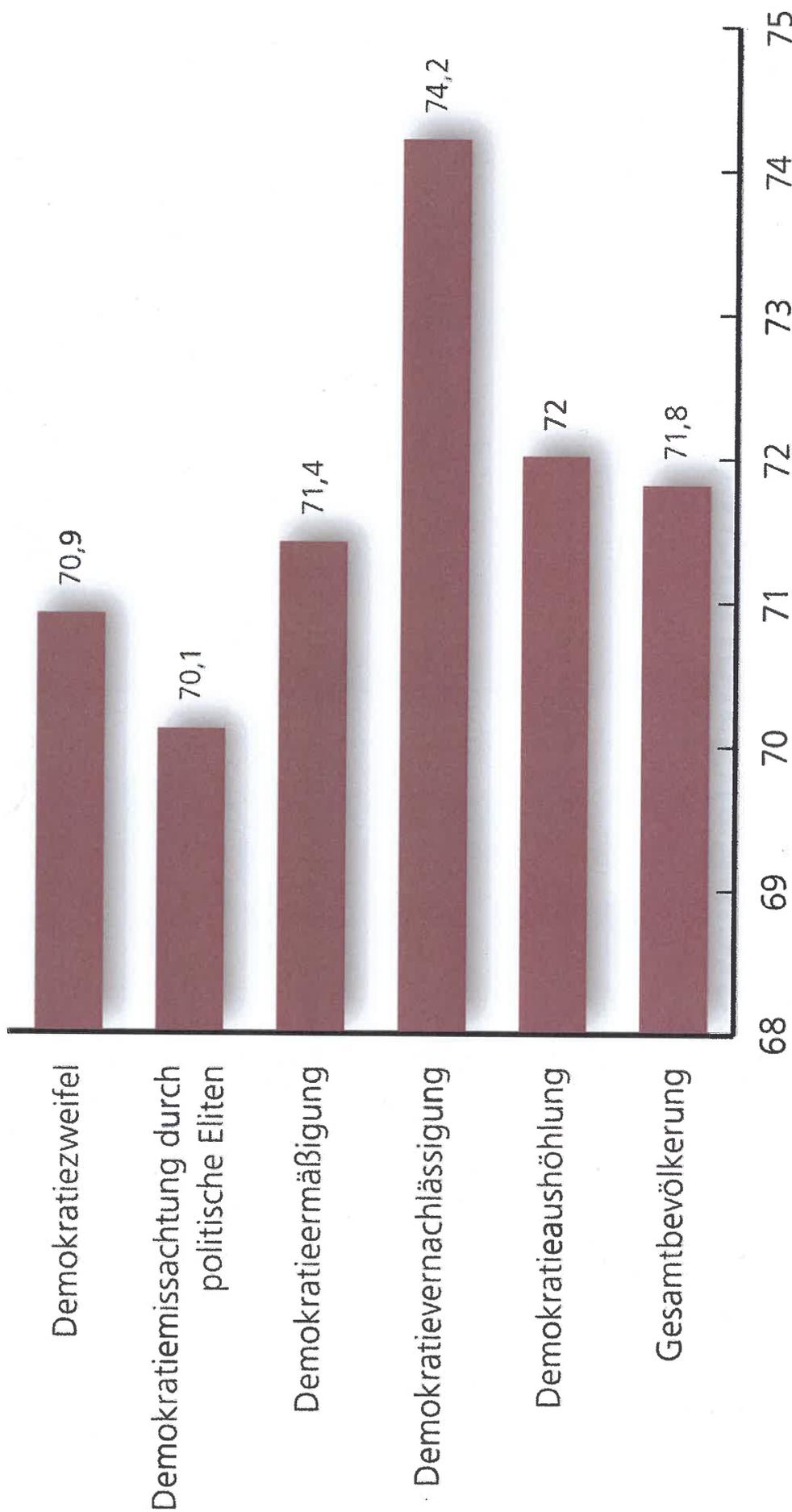
Feindseligkeiten Radikale Mentalitäten Sollbruchstellen



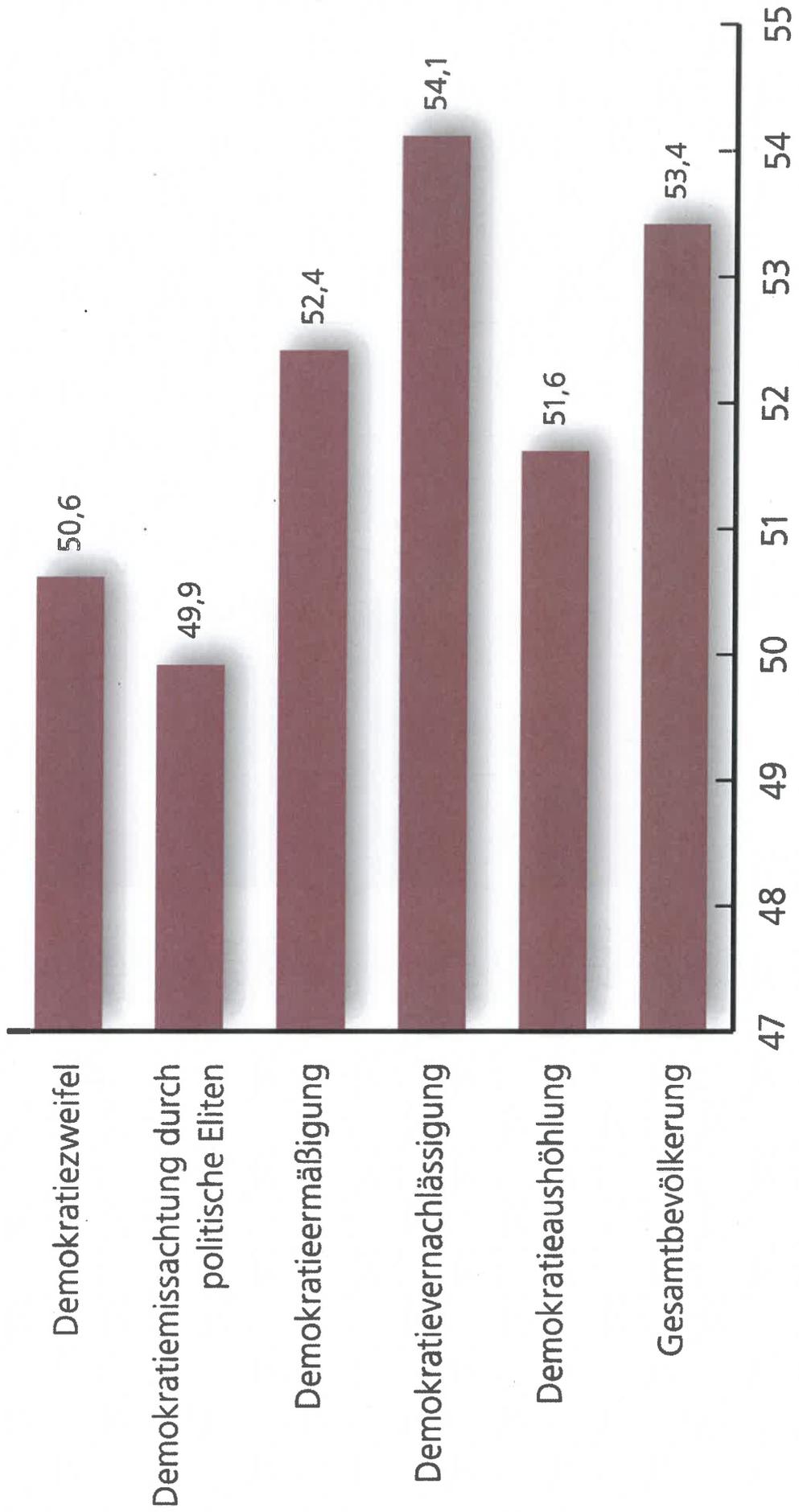
Demokratische Beteiligungsformen (%)



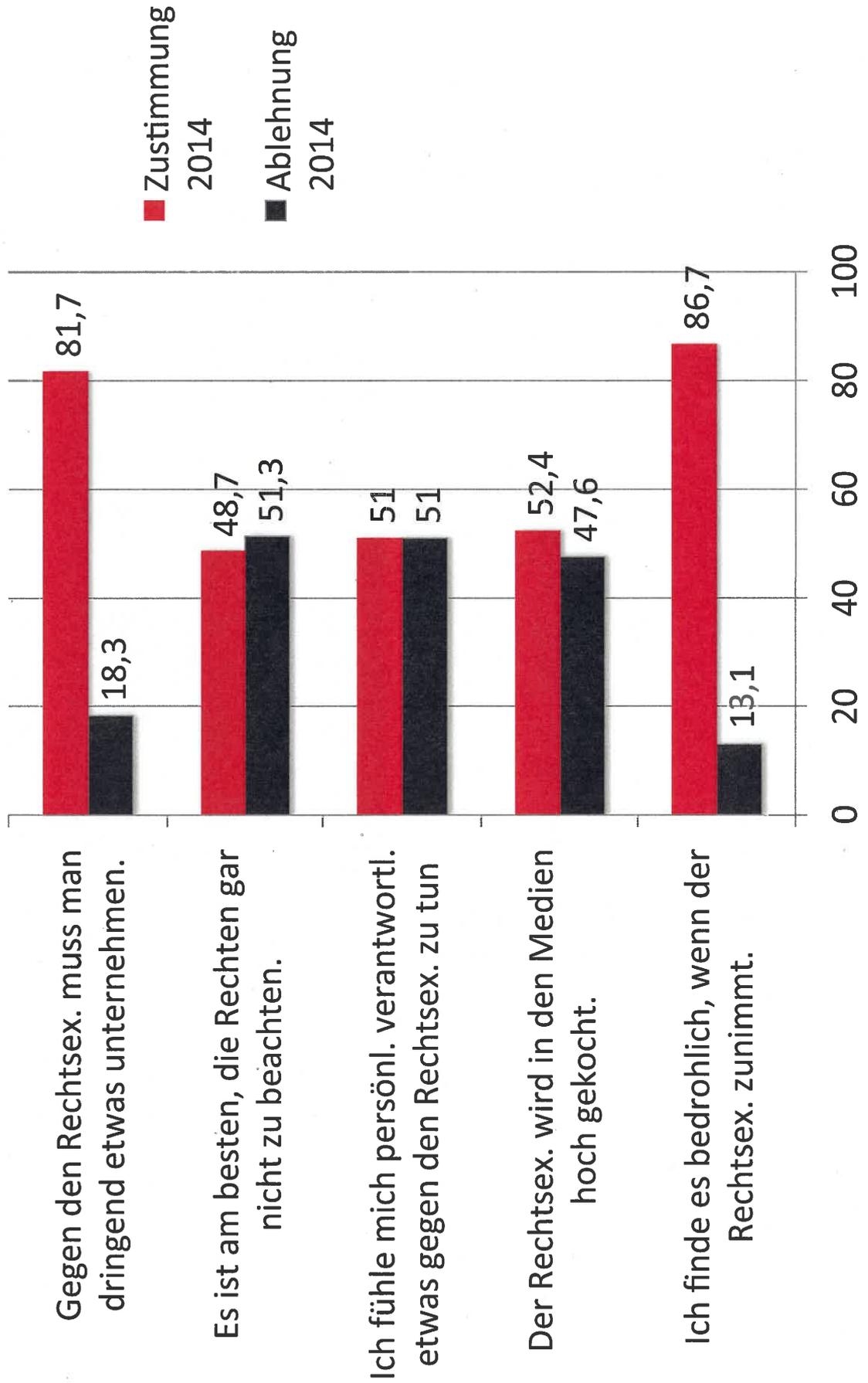
Beteiligung an genehmigter Demonstration (%)



an Online-Protest teilnehmen (%)



Einschätzung des Rechtsextremismus





Zivilgesellschaftliche Bildungsstufen

Entscheidung zur
Handlung

Strategie wählen

Verantwortung

Interpretation
als Problem

Wahrnehmung

Andreas Zick · Anna Klein

FRAGILE MITTE FEINDSELIGE ZUSTÄNDE

RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN
IN DEUTSCHLAND 2014

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung
von Ralf Melzer



**... mehr im Buch
Herzlichen Dank!**

8. Sitzung des Unterausschusses "Bürgerschaftliches Engagement" am 3. Dezember 2014 (17:00 Uhr)
zur Studie "Fragile Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014"

Für eine GMF-Sensible und Gleichwertigkeitsorientierte Engagementpolitik,
Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung)

I. Allgemeine Anmerkungen

1. Es benötigt ein klares und konzeptionell unterlegtes Bekenntnisse der Politik, beispielsweise durch eine **Bundeskonzption** im Anschluss an eine Verständigung zwischen Bund und Ländern und ebenso einen Blick auf die Ressourcen von Politik und Verwaltung (Ansatzpunkte wären dazu das FgR, Bericht des Expertenbeirates des Bundestages zum Thema Antisemitismus, Erfahrungen der Bundesländer etc.)

2. **Dauerhafte Förderung von Engagement gegen Rechtsextremismus/GMF** (Themen und Strukturen) auf der Grundlage eines Gesetzes in Kooperation mit den Ländern (nicht nur finanzielle Anreize), aber auch Aufbau von bundeseigener Kompetenz (Bsp. Internet), die auch auf die Regelstrukturen orientiert (ggf. auch Modellprojekte). In der Vergangenheit wurde viel Geld verschwendet ... (Ansatzpunkte Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung der Bundesprogramme, Battis Gutachten, Empfehlungen des UA zum NSU, Koalitionsvertrag, Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaften Demokratieentwicklung/Kirche und Rechtsextremismus)

3. Einbeziehung der Zivilgesellschaft als Partner ("Aufstand der Anständigen") und nicht als Dienstleister (Tendenz zur Verstaatlichung und "Professionalisierung" des Engagements)

II. Inhaltliche Anmerkungen

1. Homogenisierung innerhalb einer weißen Mittelschicht, Single-Issue Themen und Ausgrenzung. Zielgruppen sollten deswegen auch Angebote für Frauen, ältere Menschen und "Minderheiten" sein (verstärkt durch Kurzfristigkeit des Engagements)

2. Aktivierung durch (eigene) Vorbilder und "Alltagshelden"

3. Keine Zusatzangebote, offene und aufsuchende "Komm"-Strukturen,

4. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten und Transparenz (institutioneller Wandel)

5. Eigene Auseinandersetzung mit aktuellen demokratiegefährdenden Entwicklungen in Engagementstrukturen, wie bspw. Reichs-/Verschwörungsideologen und Völkische Siedler im Rahmen von Sonderprojekten

6. Besondere Empfehlungen für das Engagement von Jugendlichen

- Gleichwertigkeitsorientierung als Leitprinzip in den Einrichtungen der OKJA

- Selbstwirksamkeitserfahrungen von Kindern und Jugendlichen stärken (Kinderrechte bekannter machen und stärken)

- Empowerment von ("ausgegrenzten") Minderheiten/Auseinandersetzung mit gesell. Machtstrukturen

- Gender-, Inklusion und Diversity-Strategien. Beispielsweise im Rahmen der Ansprache (auch Betroffene ansprechen)

III. Anmerkungen im Hinblick auf die aktuelle Situation

1. Gemeinsame Verantwortungsübernahme durch Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, Wirtschaft etc. für das Grundrecht auf Asyl und die ankommenden Flüchtlinge
2. Willkommen, Anerkennung und Teilhabe von Flüchtlingen (Schaffung von Willkommenskultur)
3. Kommunikation und Transparenz mit den Anwohner/innen und Bewohner/innen
4. Begleitung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagement und psychologische Betreuung
5. Schutz und Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus
6. Vielfalt als Chance und Bereicherung

Zur Amadeu Antonio Stiftung: "Ermutigen. Beraten. Fördern."

- Stifter: Karl Konrad Graf von der Groeben (Widerstandsgruppe des 20. Juli)
- Namensgeber: Amadeu Antonio, das erste bekannte Todesopfer rechter Gewalt
- die Stiftung ist bundesweit fördernd (ca. 100 Projekte p.a.) und operativ tätig und Medienpartnerschaften mit "stern" und "Die Zeit"

Exemplarische Projekte:

- "Region in Aktion - zivilgesellschaftliches Engagement im ländlichen Raum", gefördert durch Zusammenhalt durch Teilhabe/BMI
- "Schutzschild - Engagement für Willkommenskultur", gefördert durch Freudenberg Stiftung
- "Ju:An - Gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der OKJA", gefördert durch BMFSFJ, Land Niedersachsen, Stadt Hannover und Land Berlin